



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

5 Jahre **PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE
REGIERUNG**



SÜDVIETNAM

CHILE

K. Tiburzy: Situationsbericht aus Santiago
9 Monate nach dem Putsch

PERU

Interview mit J. del Prado
Daten zu Wirtschaft und Politik

PORTUGIESISCHE KOLONIEN

Kampf um nationale Unabhängigkeit

VIETNAM

W. Breuer in den befreiten Gebieten Süd-
vietnams

KAMBODSCHA

Interview mit Frau Poc Mona (2. Teil)

JEMEN

Dokumente der Nationalrevolutionäre des
Nord- und Südjemen

Juni / 1974
Nr. 6

DM 1,50

Inhaltsverzeichnis:

AIB-Aktuell

Offener Brief des ASK
An die Mitglieder der chilenischen
Fußball-Nationalmannschaft S. 3

Chile

Konrad Tiburzy
Chile 9 Monate nach dem Putsch S. 4 – 7

Republik Südvietsnam

Wolfgang Breuer
In den befreiten Gebieten
Südvietnams S. 8 – 11

Kambodscha

AIB-Interview mit Frau Poc Mona
(2. Teil) S. 12 – 14

Angola, Guinea-Bissau, Moçambique

Neue Etappe des Kampfes um die
nationale Unabhängigkeit S. 15 – 16

Schulmaterialien und Sport-
ausrüstungen S. 16

Jemen

Jemenitische Revolutionär-
demokratische Partei
Die Herrschaft der feudalen
Reaktion im Nordjemen S. 17 – 20

Ali Nasser Mohammed, Minister-
präsident der VDR Jemen
Revolutionäre Entwicklung des
Südjemen S. 20 – 21

Peru

Jorge del Prado
Peru baut ein neues Leben S. 22 – 23

Sozialökonomische und politische
Daten S. 24 – 26

Kurzinformation

Israel – Libanon S. 27

Chile-Solidarität S. 27 – 28

Uruguay S. 28

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer,
Steffen Lehdorff, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling,
Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel,
Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Bröner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Bröner, Jutta von Frey-
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Postscheckkonto 312093-607 Psch.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern be-
teiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
D. Fendt, G. Giesenfeld, B. Hebel-Kunze, M. Hell-
mann, O. Jäckel, G. Ritter, G. und J.W. Scheer, B.
Schwiening.

Redaktionsschluß dieser Nummer: 15. 6. 1974

Bitte beachten Sie unsere Beilagen:

- Werbekarte der Deutschen Volkszeitung
- Bestellzettel des Antiimperialistischen Solidaritäts-
komitees

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 Psch.A Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

AIB-Aktuell

Offener Brief des Antimperialistischen Solidaritätskomitees An die Mitglieder der chilenischen Fussball -Nationalmannschaft

Liebe Freunde!

Ihr kommt heute in unser Land, um an einem internationalen Sportwettbewerb teilzunehmen, der erneut die wichtige Rolle unterstreicht, die der Sport bei der Festigung der brüderlichen Beziehungen zwischen den Völkern spielt.

Empfangt daher bei Eurer Ankunft die Grüße der Bevölkerung unseres Landes und insbesondere den Gruß seiner Jugend. Wir sehen in den sportlichen Begegnungen den Willen der Völker, ihre freundschaftlichen Bande zu vertiefen und den gemeinsamen Willen zum Frieden zu festigen. Aus diesem Grunde begrüßen wir Euch als die Repräsentanten des chilenischen Volkes, dem angesichts der Schrecken, die Euer Vaterland zur Zeit durchlebt, unsere ungeteilte Sympathie gehört.

Ihr werdet Euch mit Recht fragen, warum wir, Bürger der Bundesrepublik Deutschland, uns mit den Angelegenheiten Eures Landes befassen. Wir sind der Meinung, daß jeder Fall einer flagranten Verletzung der Menschenrechte, jedes Auftauchen faschistischer Praktiken in irgendeinem Teil der Welt alle Menschen etwas angeht, daß ihr Gewissen davon nicht ungerührt bleiben kann. Und genau das geschieht zur Zeit in Eurer Heimat.

Während in Chile schärfste Pressezensur herrscht, und die gleichgeschalteten Massenmedien nur das verbreiten, was den Wünschen der faschistischen Militärs entspricht, ist das Ausland sehr wohl über die wirklichen Ereignisse unterrichtet. Durch Filme und Fernsehen wurden wir entsetzt Zeugen von Folterungen, ja von Erschießungen Eurer Landsleute in den Sportstadien von Chile. Mit dem gleichen Entsetzen hat die Weltöffentlichkeit von dem vollständigen Wortlaut der jüngsten Erklärung der im "Komitee für den Frieden" zusammengeschlossenen chilenischen Kirchen Kenntnis genommen, wo Hunderte von Fällen dokumentiert werden, in denen Eure Landsleute grausamen Folterungen unterworfen waren. In der Erklärung wird ebenfalls darauf hingewiesen, daß es mehr als 10 000 politische Häftlinge sind, die in den verschiedenen, von der faschistischen Militärdiktatur errichteten Konzentra-

tionslagern gefangen gehalten werden. Ebenso wissen wir um die vielen tausend Eurer Landsleute, die ermordet wurden, und deren Tod die Militärjunta auf dem Gewissen hat.

Uns ist aber auch bekannt, daß Euch eine Delegation des militärischen Sicherheitsdienstes vorausgeschickt wurde. Wir haben Kenntnis von dem vertraulichen Rundschreiben des Obersten Pedro Ewing, in dem angeordnet wird, daß das, was Euch als freie Menschen auszeichnet, die Entscheidung über die Wahl Eurer persönlichen Kontakte auf dieser Reise zur Fußball-Weltmeisterschaft, dem Gutdünken Eurer militärischen Bewacher unterworfen ist.

Da wir aber wissen, daß die Werte, die Ihr verkörpert, zu den edelsten Eures Volkes gehören, und Ihr keine Repräsentanten eines vorübergehenden faschistischen Regimes seid, möchten wir Euch für die bevorstehenden sportlichen Wettkämpfe erneut viel Erfolg wünschen. Wir bitten Euch, das chilenische Volk in seinem Kampf unserer uneingeschränkten Solidarität zu versichern, damit in Chile erneut die Sterne der Demokratie und der Freiheit leuchten.

Antimperialistisches Solidaritätskomitee

gez. Prof. Erich Wulff

.....



Chile

Konrad Tiburzy

Chile 9 Monate nach dem Putsch



Als Vertreter des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) wurde ich gemeinsam mit Miguel Lombardi vom Argentinischen Studentenbund (FUA) und Christopher Proctor vom Studentenbund Großbritanniens (NUSUK) vom Internationalen Studentenbund (ISB) nach Chile delegiert. Vom 23. bis 29. April 1974 konnten wir in Santiago und Valparaiso erfahrbar machen, unter welchen Bedingungen dieses kleine, mutige Andenvolk der extremen Ausbeutung, Unterdrückung und dem maßlosen Terror zu widerstehen hat. Nur unter schwierigsten Umständen war dies durchführbar in einem Land, in dem eine faschistische Generalskamarilla im Bunde mit der Bourgeoisie, den Großgrundbesitzern und dem Weltimperialismus seit nunmehr neun Monaten Krieg gegen ein ganzes Volk, gegen die große Masse der arbeitenden und lernenden Menschen führt.

Wir wurden ebenso Zeugen der anhaltenden Terrorakte der faschistischen Machthaber wie des wachsenden passiven und aktiven Widerstandes. Unserer Delegation ging es darum, möglichst viele, detaillierte Informationen zu sammeln und außer Landes zu bringen, ohne dabei Spuren zu hinterlassen, die die chilenischen Demokraten in Gefahr bringen könnten.

Ausweglose ökonomische und soziale Lage

Aus den von unserer Delegation zusammengetragenen authentischen Informationsmaterialien, Zeugenaussagen und Eigenerfahrungen lassen sich zunächst folgende allgemeine Fakten zur aktuellen Situation in Chile festhalten:

- Ermordet wurden mehr als 30.000 chilenische Patrioten und mindestens ebenso viele befinden sich heute in den Zuchthäusern, Konzentrationslagern und Zwangsarbeitslagern (hinzu kommen Tausende von Flüchtlingen und die noch immer in den Botschaften Santiagos auf eine Ausreisegenehmigung hoffenden Patrioten);
- Arbeitslos wurden mehr als 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung, d.h. rund 600.000 von insgesamt 3 Mio. Werktätigen Chiles; von den Universitäten verwies die Junta 30% aller Studierenden und 35-50% aller Akademiker, welche zugleich ihrer Titel und ihrer materiellen Grundlage beraubt wurden;
- der Überwiegende Teil der chilenischen Bevölkerung fristet heute ein Hungerdasein, wozu neben der Ermordung, Einkerkerung und Entlassung der Ernährer Hunderttausender Familien besonders folgende Faktoren beitragen: der von der Junta verhängte Lohnstopp, die Streichung sozialer Fürsorgemaßnahmen, das gängige Unterlaufen des monatlichen Mindestlohnes von 16.000 Escudos (ca. 20 US-Dollar) und vor allem die wahnwitzige Inflationsrate von etwa 1.800 % für die lebensnotwendigsten Güter. Beispielsweise kostete:

	im August 1973	im April 1974
1 kg Zucker	12 ES	280 ES
1 l Milch	80 ES	800 ES
1 kg Brot	6 ES	134 ES
1 kg Reis	12 ES	350 ES

Die Busfahrkosten stiegen im gleichen Zeitraum um 900 bis 1.900 %.

Eine kleine Kaste von Superreichen triumphiert. Die Junta öffnete den Monopolen und dem internationalen Finanzkapital Tür und Tor, erstattete verstaatlichte Betriebe und an Bauern verteiltes Land an die Bourgeoisie und die Latifundisten zurück. Doch die Anarchie der "freien Marktwirtschaft" bringt nicht das erhoffte Wunder à la Brasilien. Die ausländischen Kredite fließen nicht wie erwünscht, Handelsvereinbarungen verlaufen schleppend. Selbst die US-Monopole üben bislang angesichts der desolaten ökonomischen Krisensituation und aus Scheu vor dem Risiko, zu stark in das Schußfeld der empörten Weltöffentlichkeit zu geraten, Zurückhaltung bei Kapitalinvestitionen, so systematisch sie den Faschismus in Chile auch herbeizuführen halfen.

Schwindende Basis der Junta

Die verheerende, ausweglose ökonomische und soziale Lage wird auf dem Rücken der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und aller fort-

schrittlichen Kräfte ausgetragen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der antifaschistische chilenische Widerstand das Heer der Arbeitslosen, Waisenkinder etc. solidarisch mitzuverpflegen bemüht ist.

Sogar die faschistische Tageszeitung "La Segunda" mußte eingestehen, daß der Hunger so groß ist, daß sich selbst die Mittelschichten bitter beklagen.

Nicht nur die sozialen Errungenschaften insbesondere der Arbeiterklasse und der Bauern, die der Mörder Pinochet gleich in den ersten Tagen nach dem Putsch demagogisch garantierte, wurden rückgängig gemacht. Auch Tausende kleine Unternehmer und Händler, die den Putsch durch Hortung, Sabotage, Versorgungsstreiks, Devisenschmuggel, Preistreiberei und andere illegale Handlungen gegen die Regierung Allendes mitvorbereiteten, handelten sich damit den eigenen Bankrott ein. Die hohe Arbeitslosigkeit, die Festsetzung von Hungerlöhnen und die von den Monopolen ungehindert beschleunigte Inflation erzeugen ein unaufhaltsames Sinken der Massenkaukraft, was zum Bankrott bzw. zur Zerrüttung der Existenzgrundlagen der Kleineigentümer führt. Diese bittere Erfahrung und die Eskalation des politischen Terrors bringen sie zusehends in Gegensatz zur faschistischen Junta.

Das christdemokratische Lager ist gespalten. Ein Teil, angeführt von Frei und Alwyn, paktiert offen mit den Faschisten, der Militärclique, der "Patria y Libertad" und der Nationalen Partei und zeichnet sich durch maßlosen Opportunismus aus, bereit, über Berge von Leichen zu marschieren, in der Hoffnung, eines Tages wieder an die Regierungsmacht zu gelangen. Die zaudernde, in sich zerstrittene Gruppe, die nicht weiß, wo sie hinblicken soll, ist die, die sich um den Präsidentschaftskandidaten von 1970, R. Tomic, schart. Der größte und wichtigste Flügel um den Gewerkschaftsführer Fuentealba aber scheint immer stärker bemüht zu sein, Kontakt mit den Kräften der Unidad Popular zu suchen, sich einzureihen in den Kampf gegen den Faschismus.

Die Kirche, vertreten durch Kardinal Silva Henríquez, die sich auf widersprüchlichste Weise zwischen Fortschritt und Faschismus hindurchzuschlängeln versuchte, wird durch den Terror und das Elend in zunehmendem Maße gezwungen, sich mit dem Faschismus offensiv auseinanderzusetzen. Die Erklärung der letzten Bischofskonferenz, die im Junta-Organ "El Mercurio" erst sehr spät am 25.4.1974 abgedruckt wurde - so widersprüchlich sie auch in ihrem Grundtenor sein mag - fordert die Achtung der

Menschenrechte und beleuchtet die augenblickliche Situation in Chile Junta-kritisch. Wer die faschistische Unterdrückung in Chile kennt, muß eingestehen, daß dies ein wichtiges Novum darstellt, das nicht unterbewertet werden darf. Das "Friedenskomitee" der Kirche, die einzig legale, nichtfaschistische Institution, spielt nicht nur eine karitative Rolle. Seine Zusammensetzung und seine Hilfe für die Notleidenden und Verfolgten soll der Einschätzung des chilenischen Widerstandes überlassen bleiben.

Anhaltender Terror

Der nackte Terror hat bis heute kein Ende gefunden. Drogierete Stoßtrupps des Militärs - was auf den ausgeübten Terror in den Streitkräften selbst schließen läßt - werden in die Elendsviertel (poblaciones) der Arbeiter geschickt, um das teuflische Geschäft der Faschisten zu betreiben. Die poblaciones werden umstellt, durchkämmt und jedes Mal fällt den Todesgenerälen etwas Besonderes ein: kurz nach dem Putsch Bombardierungen, Niederbrennungen, Erschießung aller Männer mit Narben hier, Verschleppungen und Verhaftungen dort.



Vor 4 Wochen sind Soldaten im Arbeiterviertel La Victoria des Stadtteils San Miguel von Santiago in Häuser eingebrochen und haben etwa 1000 Menschen verschleppt. Am 28. April kamen nur 200 zurück. Der Delegation ist nicht bekannt, welche fürchterlichen Methoden die Militärs anwandten, denn diese 200 Menschen konnten sich weder erinnern, wohin sie verschleppt worden sind, noch was mit ihnen geschehen ist.

Eine Medizinstudentin, die nachts in einem Krankenhaus ihr Praktikum absolviert, schilderte die Einlieferung von Schwerverletzten und Toten, bei denen Einschläge von Dum-Dum-Geschossen festgestellt wurden. Falls das medizinische Personal versucht, Leben zu retten, wird es beschuldigt, "Extremisten" zu helfen und sieht sich selbst härtesten Repressionen (Folterungen, Entlassungen etc.) ausgesetzt. Auch nach verschiedenen Säuberungswellen und mit der stärkeren Anwendung des subtileren Terrors bleiben die Formen des offenen, brutalsten Terrors eine alltägliche, allgegenwärtige Erscheinung.

In zutiefst erschreckender Weise wurde mir das deutlich am 27.4.1974, einem Samstag, als um 13.15 Uhr, kurz nach Geschäftsschluß mitten im Zentrum Santiagos vor meinen Augen ein Carabinero auf offener Straße (Ahumada Nummer 285) ein junges, hübsches Mädchen mit langen schwarzen Haaren und in einen weißen Kittel gekleidet, mit einem kaltblütig gezielten Schuß in den Kopf ermordete. Ekel, ohnmächtige Wut und Haß kamen in mir auf, wie bei unzähligen, terrorisierten Passanten, die fassungslos das blutüberströmte, in einem letzten schrillen Schrei auf dem Bürgersteig zusammenbrechende Mädchen umringten, während



Als Hauptberater der faschistischen Terrororganisation DINA holte die Junta den Nazi-kriegsverbrecher Walter Rauff, ehemaliger Standartenführer und GESTAPO-Leiter der mobilen Gaskammern, nach Santiago de Chile.

dieses faschistische Scheusal seelenruhig auf den grau-bläulichen Polizeiwagen stieg, um ungestört weiterzufahren. Spätere sehr genaue Recherchen ergaben, daß keine Zeitung darüber berichtete.

KZ, Folter, Kriegsprozesse, Zwangsumsiedlung

Junta-General Leigh behauptete Mitte April d.J., daß er keine Person kennen würde, die

in den chilenischen Konzentrationslagern, welche er Gefängnisse nennt, gefoltert worden sei. Unsere Delegation kann diesen Mann guten Gewissens einen Lügner und Mörder nennen. Beispielsweise trafen wir ein junges Mädchen, das immer noch unfähig ist zu gehen, nachdem es vergangenen Dezember aus dem Nationalstadion entlassen wurde. Hier ihre Aussage über die an ihr verübten Folterungen, an denen sich auch ein brasilianischer Experte beteiligte:

"Ich wurde
 - elektrischen Schocks an allen Körperteilen unterworfen,
 - gezwungen, Scheinexekutionen zu durchlaufen,
 - an männlichen Mitinhaftierten nackt vorbeigeführt,
 - gezwungen, elektrischen Folterungen an männlichen Kameraden zuzusehen,
 - ohne Essen während 36 Stunden Einzelhaft in einem stockdunklen Keller mit Ratten ausgesetzt,
 - tagelang mit verbundenen Augen eingesperrt,
 - mit verbundenen Augen, geknebelt und gefesselt aus fahrenden Wagen geworfen,
 - vergewaltigt und gezwungen, Vergewaltigungen an meinen Kameradinnen zuzusehen,
 - mit Drohungen, Gewalttätigkeiten an meinen Familienangehörigen auszuüben, terrorisiert und in die Nierengegend geschlagen."

Es bestehen Konzentrationslager, deren Besuch dem Roten Kreuz verwehrt bleibt, solche, über die es keine Kenntnis besitzt und solche, die es betreten darf, jedoch nur teilweise besichtigen kann. Die Prozesse in Chile sind eine schamlose Farce, insbesondere die Kriegsprozesse, die zur Zeit stattfinden und die mit offensichtlich unwahren Anklagen begründet werden. Die Kriegsgerichte werden mit ebenso terroristischen Methoden geleitet. Sie bedienen sich erzwungener Geständnisse, voreingenommener, befangener Richter, unsinniger und illegaler Anklagen. Die angeklagten Führer der Unidad Popular wissen das und sie werden gefoltert, so, daß zwei ihrer Kameraden inzwischen gestorben sind und einer in den Wahnsinn getrieben wurde. Die Anklageschriften enthalten Punkte wie "Verweigerung von Befehlen höherer Offiziere". Doch ging es bei diesen Befehlen darum, die demokratisch gewählte Regierung zu stürzen. Ein anderer Anklagepunkt lautet: Vermittlung von "Informationen an den Feind", d.h. von Informationen an eine demokratisch gewählte Regierung.

Da die Gefängnisse und Konzentrationslager überfüllt sind, werden Antifaschisten zu Zwangsarbeit in die Wüstengebiete des nördlichen Chile verschleppt. Bislang sollen davon etwa 14.000 Menschen betroffen sein. Ganze Gemeinden werden zwangsversiedelt. In den seltensten Fällen weiß man, wohin sie gebracht wurden.

Bespitzelung und Denunziantentum

Nicht alle Methoden der Junta sind so offensichtlich dreist, obwohl die Menschen weiterhin jede Nacht an die Repression des entschieden verstärkten Ausgehverbots erinnert werden.

Geheimpolizisten servieren zum Beispiel als Ober in der Mensa der Universität von Chile, wo es Studenten verboten wird, mit mehr als vier zusammen an einem Tisch zu sitzen oder wo Studenten bis in die Toiletten verfolgt werden, um zu unterbinden, daß sie dort miteinander sprechen oder politische Losungen an Wände und Türen schreiben. Nach der Beendigung der Seminare und Vorlesungen dürfen sie sich nicht mehr in den Veranstaltungsräumen aufhalten. Es ist eine teuflische Kampagne, die die Saat der Unsicherheit und des Zweifels im Volk aufgehen lassen soll. Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes dürfen keiner Partei angehören.

Um auch die letzten Linken und politisch Organisierten zu ermitteln, müssen in den Betrieben Fragebögen ausgefüllt werden, in denen die jeweils letzten Beschäftigungsverhältnisse, Wohnsitze und nächsten Familienangehörigen einschließlich deren Angaben gleicher Art innerhalb der letzten 5 Jahre genannt werden müssen.

Während man auf sie die Gewehrläufe richtet, werden der Bourgeoisie in den Wohnvierteln des "barrío Alto", Providencia und Las Condes ganze Truppen mit Schnellfeuerwaffen zu ihrem Schutz postiert. Dort findet ein lautes, lustiges Leben bis spät in die Nacht hinein statt - das Ausgehverbot, die "toque de queda", das in der Regel von 1 h bis 5 h 30 morgens in Santiago besteht, hat dort niemand zu fürchten!

„Die Widerstandskräfte sind aktiv“

Die Junta hat offensichtlich noch nicht begriffen, daß sie mit ihren Verfolgungen und ihrer Brutalität gegen Liberale, Christdemokraten und apolitische Menschen eine völlig neue Gruppe den gewaltigen Kräften, die sich ihr entgegenstellen, hinzugefügt hat. Immer mehr christdemokratische Werkstätige, Studenten, Dozenten etc. reißen sich in die antifaschistische Front ein.

Unsere Delegation vertritt die Auffassung, daß die fortschrittlichen Kräfte - die Widerstandskräfte - täglich mehr Unterstützung für ihre Ziele gewinnen und daß die Junta ohne die Unterstützung des Volkes nicht in der La-

ge sein wird, mit Waffengewalt die Kontrolle über diese Massenbewegung fortzusetzen. Jede Aktion, die sie unternimmt, schafft ihr zusätzliche Feinde und neue Revolutionäre. Drei Jahre lang hat sich Chile auf dem Weg zum Sozialismus befunden. Das ist eine Lehre, die angesichts der herrschenden Macht des Faschismus nicht vergessen wird.

Die Junta hat nur die oberste Führung einer Massenbewegung ausschalten können und ihre Methoden tragen dazu bei, daß sich viele mehr in diese Bewegung einreihen. Die Widerstandskräfte sind aktiv, auch wenn sie im Untergrund arbeiten müssen. Und sobald sie fähig sein werden, das wachsende Potential von Kämpfern zu organisieren, wird ein neues Chile auferstehen.



Republik Südvietsnam

Wolfgang Breuer

In den befreiten Gebieten Südvietsnams

Die Nationalstraße 1 führt von der chinesischen Grenze im Norden bis nach Saigon im Süden Vietnams. Die Namen der Städte und Dörfer an dieser Straße zum Süden sind mit Schrecken und Grauen verbunden: Ninh Binh, mit Bomben von der Landkarte ausradiert; Thanh Hoa, bis zur Unkenntlichkeit zerstört; Vinh, die "rote" Stadt, dem Erdbogen gleichgemacht; Dong Hoi, kein Haus überstand die Bombardierungen. Jeder Kilometer dieser Straße klagt die Verbrechen des US-Imperialismus an. Je näher die Straße an den 17. Breitengrad kommt, desto größer sind die Zerstörungen, desto tiefer werden die Bombenkrater.

Von ferne schon sieht man den hohen Mast mit der blauroten Fahne und dem gelben Stern. Grenzstation Ben Hai, benannt nach dem Fluß, der Vietnam in Norden und Süden unterteilt: Hier beginnen die befreiten Gebiete der Republik Südvietsnam (RSV). Die Volkspolizei der Provinz Quang Tri prüft das Visum, dann geht die Fahrt weiter. Die Fahrt in ein Land, dem die USA mit Bomben, Napalm und Giftgasen ihre "Freiheit" bringen wollten. In ein Land, in dem das Volk aber vorzog, sich die wahre Freiheit, die Unabhängigkeit und die Demokratie zu erkämpfen.



Dr. Nguyen Huu Tho (rechts), Ministerpräsident der PRR, begrüßt Wolfgang Breuer in der befreiten Provinz Quang Tri.

Die Spuren der USA und ihrer Saigoner Söldner haben sich tief in die Erde eingegraben. Die kurze Strecke zwischen dem Ben Hai-Fluß und der Bergkette, die die Strategen des Pentagon einst die uneinnehmbare McNamara-Linie nannten, gleicht der Kraterlandschaft des Mondes. Dann windet sich der Wagen auf Serpentina-Berge hoch. Berge, auf denen mehr Stacheldrahtzäune als Sträucher stehen. Hinter Minenfeldern, Artilleriestellungen und Wachtürmen hatten sich hier die US-Truppen verschanzt. Von Bergbasen wie der von Doc Mieu aus glaubten sie, das Land in ein riesiges Konzentrationslager verwandeln zu können. Doch ihre barbarischen Pläne fielen einer nach dem anderen in sich zusammen. Übrig blieben Stacheldraht und Panzerwracks.

Von 600 Dörfern blieben nur zwei

Die Provinz Quang Tri, die hinter der Bergkette in der Ebene liegt, war einst ein blühender Landstrich mit mehr als 600 Dörfern und Gemeinden. Als sich aber die USA und ihre Saigoner Söldner zurückzogen, standen nur noch zwei Dörfer. Was Bomben nicht zerstört hatten, war mit Bulldozern der Erde gleichgemacht worden. Von den rund 700 000 Büffeln und Rindern, die zuvor hier grasten, blieben noch 3 000 übrig.

Heute, zwei Jahre nach der Befreiung, hat sich das Gesicht der Provinz Quang Tri abermals verändert. Zwischen den Bombenkratern bauten die Menschen, die vor den Luftangriffen geflohen waren, ihre Dörfer wieder auf. Mit bloßen Händen planierten sie die Felder, kultivierten mehr als 10 000 Hektar Land, um Reis, Kartoffeln und Gemüse anzupflanzen. Dong Ha, einst ein Stadt mit 25 000 Einwohnern, bis sie 1972 von US-Bombern dem Erdboden gleichgemacht wurde, zeugt vom Mut des Aufbaus. Kein einziges Haus stand mehr nach den Bombenangriffen, kein Stein lag mehr auf dem anderen. Auch heute noch ist Dong Ha eine Trümmerstadt. Doch zwischen den zerschossenen Häusern, auf den zugeschütteten Bombenkratern keimt ein neues pulsierendes Leben. In den

neuerbauten Markthallen drängen sich Bauern und Händler. Vom Jungschwein bis zur Glühbirne, von Reis bis zu frischen Krebsen reicht das Angebot. Kurz nach der Befreiung mußte die Regierung noch Reisrationen ausgeben, heute versorgt sich Dong Ha selbst.

Die Straßen sind längst wieder hergestellt. Von der neuerbauten Brücke über den Hieu-Fluß kann man einen Blick in den Hafen werfen. "Die USA benutzten ihn für den Krieg", erklärt Le Sanh, der Präsident des Revolutionären Komitees der Provinz, den Wandel, "wir nutzen ihn jetzt für das Volk". Schiffe der kleinen Handelsflotte der Republik Südvietnam liegen am Kai, dazwischen kreuzen Fischerboote, die ihren Fang in die Stadt bringen.

Jeder Dritte besucht heute bereits eine Schule

Das Restaurant an der Hauptstraße ist ebenso überfüllt wie das benachbarte Warenhaus oder der gegenüberliegende Buchladen. "Als die Saigoner Truppen das Land besetzt hatten, waren 70 bis 80 Prozent der Menschen hier Analphabeten. In den zwei Jahren nach der Befreiung haben wir das Analphabetentum fast überwunden", erläutert nicht ohne Stolz der Präsident den Andrang auf den Buchladen. "Jeder dritte Bürger der Provinz geht in die Schule. Tausende besuchen Abendschulen, von den wir in dieser Provinz zehn haben."

Der 27jährige Nguyen Van Thi verkörpert den raschen gesellschaftlichen Wandel. Er ist Mitglied des Volkskomitees im Dorf Cam Thuy. Erst im Alter von zehn Jahren kam er - unter Saigoner Herrschaft - in die Schule, und dann nur für drei Jahre. Heute, so berichtet er, hat sein Dorf eine eigene Schule mit 17 Klassen. Ab sechs Jahre gehen alle Kinder zu Schule - wie überall in der befreiten Provinz Quang Tri. "Doch nicht nur die Kinder lernen", fügt er hinzu und zeigt auf das Nachbarhaus. "Dort wohnt Frau Hoang thi Nghia. Sie ist 56 Jahre alt und wuchs noch unter dem französischen Kolonialregime auf. Damals hatte sie als Bauernkind kein Recht, zur Schule zu gehen. Jetzt lernt sie abends, obwohl sie wegen ihres Alters nicht dazu verpflichtet ist."

Der 27jährige Nguyen Van Thi gehört zu den Dorfbewohnern, die ihre Heimat befreiten. Zusammen mit seinen Nachbarn machte er die Greuel der Konzentrationslager, des Saigoner Polizeiterrors durch. Er erlebte, wie der Widerstand gegen Willkür und Korruption die Bauern immer enger zusammenschweißte, bis sie zu den Waffen griffen und am 1. März 1972 das Dorf befreiten.

Rund 5 000 Menschen leben jetzt wieder im



Schüler der Mittelschule CAM LO vor dem Hintergrund einer Bombenschutzanlage.

Dorf Cam Thuy. Ihre Zukunft beraten sie gemeinsam. "Alle Maßnahmen werden kollektiv diskutiert und ausgeführt", sagt Nguyen Van Thi. "So haben wir jungen Dorfbewohner zehn Häuser für alte Menschen gebaut. Gemeinsam konnten wir auch, obwohl wir noch keine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft haben, schon wieder 90% der zerstörten Felder rekultivieren." Dann kommt er auf das größte Projekt des Dorfes zu sprechen - den Bau einer Pumpstation zur Bewässerung der Felder. "2 000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche werden wir mit dieser Station bewässern können", erläutert der junge Bauer das Projekt, an dem selbst in glühender Hitze mehr als 200 Menschen arbeiten. "Es ist eine harte Arbeit, und ohne die technische Hilfe der Befreiungstreitkräfte würden wir es kaum so schnell schaffen."

In den Feldern rings um Cam Thuy steht der Reis schon hoch. "Es wird eine gute Ernte", prophezeien die Bauern. Aber sie wissen auch: Es wird eine blutige Ernte. Allein im letzten Jahr vor dem Pariser Vietnam-Abkommen warfen die USA und ihre Saigoner Marionetten Bomben und Granaten mit einer Sprengkraft von sechs Hiroshima-Bomben auf die Provinz Quang Tri. Tausende Blindgänger und Minen liegen in den



Massendemonstration der Nationalen Befreiungsfront - FNL.

Feldern versteckt. Bei der Reisernte geht noch heute die tödliche Saat der USA auf. Das Krankenbuch des Provinz-Hospitals in Dong Ha ist eine Anklageschrift gegen die US-Verbrechen. Ho Tom, 37 Jahre alt, wurde am 27. März 1974 eingeliefert. Sein Magen und seine Leber wurden durch Splitter eines Blindgängers zerfetzt. Nguyen Thanh Huong, 30 Jahre alt, pflügte ein Reisfeld, als er auf eine US-Mine trat. Sein rechter Fuß mußte amputiert werden. Der kleine Nguyen Quang Thao, gerade erst 12 Jahre alt, hütete nach der Schule Büffel auf dem Reisfeld. An elf Stellen wurde sein Körper von Bombensplittern durchsiebt.

Eine Krankenstation in jedem Dorf

"40% unserer Patienten im letzten Jahr waren durch Blindgänger oder Minen verwundet worden", zieht der Krankenhausdirektor Nguyen Son eine blutige Bilanz. "Das zweite große Problem sind die durch chemische Kampfstoffe vergifteten Felder. Tiere starben schon oft und auch für Menschen sind die Gifte eine Gefahr." Die größte Bedrohung aber konnten die Ärzte von den Menschen in den befreiten Gebieten abwenden. "Nach den Bombardierungen sind trotz der großen Zerstörungen keine Seuchen oder Epidemien mehr ausgebrochen", sagt Dr. Nguyen Son. "Unser Gesundheitssystem reicht bis ins letzte Dorf. Auf 2 000 Menschen kommt ein Arzt. Jedes Dorf hat eine eigene Kranken-

station. Regelmäßig führen wir dort Schutzimpfungen gegen Typhus, Pocken und Kinderlähmung durch." Das 150-Betten-Hospital, in dem 15 Ärzte, 16 Sanitäter und 35 Schwestern arbeiten, ist zugleich Zentrale der Dorfkrankenstationen und Ausbildungsstätte: 50 Studenten nehmen hier an einem zweijährigen Sanitärkurs teil; 200 Schwestern werden zur Zeit geschult. "Die Gesundheit der Menschen, eine gute Versorgung mit Lebensmitteln und der Aufbau eines Bildungssystems - das sind die drei Hauptaufgaben, die wir sofort nach der Befreiung angepackt haben", sagt der Präsident Le Sanh.

"Wir bauen eine Gesellschaft auf, deren sozialpolitische Struktur dem Volk die Unabhängigkeit, wahre Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht garantieren wird", ergänzt später der Vorsitzende des Präsidiums des Zentralkomitees der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams, Dr. Nguyen Huu Tho, der uns im Gästehaus der Regierung in der Provinz Quang Tri empfängt. "Vor allem entwickeln wir die Landwirtschaft und eine Industrie, die die Landwirtschaft mit Maschinen versorgen kann."

"Doch", so fährt Dr. Tho fort, "wir können uns nicht mit ganzer Kraft dieser Aufgabe widmen. Wie Sie wissen, blieben die USA nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnam Abkommens insgeheim in Südvietnam. Sie entsandten 20 000

Militärberater in Zivil, die heimlich die militärischen Aktionen leiten. Die USA führen weiterhin eine große Menge von Waffen und Munition ein und erhöhen laufend die Militärhilfe für die Saigoner Verwaltung. Der neue Plan der USA zielt nicht nur darauf ab, das Saigoner Regime zu festigen, sondern auch die Organe der revolutionären Macht unseres Volkes zu vernichten. Wir haben das Pariser Vietnam-Abkommen strikt erfüllt und nie die Initiative zu Angriffen genommen. Aber wenn wir von Saigoner Truppen angegriffen werden, dann verteidigen wir uns. Und es liegt in unserer Entscheidung, ob wir gegen den Ausgangspunkt der Aggression oder an einer anderen Stelle zurückschlagen."

Die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) der Republik Südvietnam, so betonte Dr. Tho, führe den Kampf um die Verwirklichung des Pariser Abkommens auf politischer, diplomatischer und militärischer Ebene. "Wir sind für eine friedliche Lösung", hob Tho hervor, "aber wir sind wachsam". Die Außenministerin der PRR, Madame Nguyen Thi Binh, mit der wir einen Tag später diskutieren, weist noch einmal mit Nachdruck auf den 6-Punkte-Vorschlag ihrer Regierung (siehe AIB 5/1974) hin, der eine Feueereinstellung, die Freilassung aller Gefangenen bis zum 30. Juni 1974 und die Gewährleistung der demokratischen Freiheiten vorsieht. "Dieser 6-Punkte-Vorschlag enthält die wesentlichen Ziele des Pariser Abkommens

und trifft die Wünsche unseres Volkes nach Frieden und nationaler Unabhängigkeit."

Am Pariser Vietnam-Abkommen lernen in der Provinz Quang Tri die Kinder lesen. Überhaupt kennzeichnet Lese- und Lebensfreude auch die Stadt Dong Ha, die noch von einem hohen steinernen Wachturm der US-Armee überschattet wird. Doch wie die Wellblechplatten und Sandsäcke, die die USA zurückließen, jetzt als Dachbelag dienen, hat auch der Turm seine ursprüngliche Funktion verloren. Mit den erbeuteten amerikanischen Panzern vor ihm steht er heute als Symbol der Befreiung. Auf ihm weht die rot-blaue Fahne der Befreiungsfront, leuchtet aus Glühbirnenketten das Datum eines doppelten Festtags, des 1. Mai.

Am 1. Mai 1972 wurde die Provinz Quang Tri befreit. Am 1. Mai 1974 feiert man dieses Jubiläum und den internationalen Tag der Arbeiterklasse mit Volkstänzen, einem Liederwettbewerb und Sportwettkämpfen. Aus der Stadthalle direkt neben dem Gebäude der Provinzverwaltung klingen noch die Lieder herüber, als sich Le Sanh, der Präsident der Provinz, aus dem Fenster seines Büros lehnt und sagt: "Genau hier an dieser Stelle, wo wir heute stehen, war 1932 das Gefängnis der französischen Kolonialisten. Vor 42 Jahren war ich hier wegen illegaler Arbeit eingesperrt. Heute hat hier das Volk die Macht."



Ehemaliger Wachturm der US-Armee in Dong Ha: heute Symbol des Befreiungskampfes.

Kambodscha

Frau Poc Mona - Mitglied der Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) - geht im 2. Teil des Interviews auf die Entstellungen und Lügen der bürgerlichen Presse der BRD ein. Sie zeigt auf, wer in Kambodscha eine Politik des Terrors betreibt, die die Presse der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) oder den Befreiungsstreitkräften vorwirft.

Weiterhin weist Frau Poc Mona die angeblichen Meldungen von Gegensätzen und Streitigkeiten zwischen FUNK und GRUNK zurück und erläutert die gemeinsamen Aufgaben und Ziele von Regierung und nationaler Front.

Frau Poc Mona schließt ihre Ausführungen mit dem Hinweis auf den schwierigen und opferreichen Kampf des kambodschanischen Volkes und der Aufforderung an die Solidaritätsbewegung in der BRD, den Kampf des Volkes von Kambodscha zu unterstützen.

Den 1. Teil des Interviews veröffentlichten wir in AIB Nr. 5/1974.

AIB-Interview mit Frau Poc Mona (2.Teil)



Frau Poc Mona (Mitte) bei einem Solidaritätstreffen der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität.

Frage: Presse, Rundfunk und Fernsehen in der BRD sprachen vor kurzem von mehreren "Terrorakten" der Befreiungsarmee; z.B. sei am 11.2. 1974 ein Wohnquartier in Phnom Penh in Brand geraten, die FAPLNK, die Volksbefreiungsstreitkräfte, würden damit, so hieß es in der Presse, gegenüber der Zivilbevölkerung Terror ausüben, während Lon Nol derjenige sei, der den Frieden wünsche. Welches sind die wahren Grundsätze, von denen die Befreiungsstreitkräfte sich bei ihren militärischen Aktionen und besonders in den Kämpfen um Phnom Penh leiten lassen? Können Sie ein genaues Beispiel geben?

Antwort: Zu der Behauptung, Lon Nol wünsche den Frieden: Das ist eine offenkundige Lüge. Tatsächlich ist Lon Nol nur der Lakai des amerikanischen Imperialismus, und dieser Imperialismus hat durch den von der CIA angestifteten Staatsstreich Kambodscha mit Krieg überzogen. Tatsächlich lebte dieses Land 16 Jahre in Frieden, und nur der amerikanische Aggressionskrieg hat das Land verwüstet, unvorstellbare Zerstörungen zur Folge gehabt und grenzenloses Elend und Leid über die kam-

bodschanische Bevölkerung gebracht.

Haben eben diese Presse und eben diese Kreise sich geregt, haben sie auch nur den kleinen Finger gerührt, als die gesamte mächtige Luftarmada der USA die enge und dicht bevölkerte Region um Phnom Penh einem Hagel von Feuer und Eisen aussetzten, der sieben Hiroshima-Atombomben in jedem Monat entsprach?

Bewahren sie die Erinnerung an die niederträchtige Feigheit der Marionettentruppen von Phnom Penh, die sich immer wieder im Verlauf der Kämpfe "lebender Schutzschilder" bedienten, wie z.B. in Saang im April 1970?

Weiß man in dieser Presse und diesen Medien etwa nicht, wie die Marionettenbehörden vorgehen, um sich vor dem Sturz durch die Kämpfer des Volkes zu schützen? Sie entfesseln eine regelrechte Menschenjagd, um Truppen aus 11-12jährigen Jungen und Greisen zusammenzustellen, die sie in die erste Reihe schicken und für sich sterben lassen, ohne sich auch nur die geringste Mühe zu machen, sie - wie wenig auch immer - in der Kriegsführung auszubilden.

In Phnom Penh bringen sie die schnell zusammengetriebenen Einwohner aus der Umgebung in "Flüchtlingslagern" unter, oder man hält sie mit ihren Familien in Kasernen und an strategischen Orten fest, welche, wie man weiß, die Zielscheibe der Artillerie der Volksarmee sind.

Die Bombardierung militärischer Objekte in Phnom Penh durch die FAPLNK hat nichts zu tun mit den Terrorbombardierungen und dem Völkermord, wie er von den B-52-Bombern der US-Luftwaffe systematisch durchgeführt wird. Die Wohnsitze der großen Verräter, der Sitz des Generalstabs der Armee, der Luftwaffe und Marine, ihre Ministerien, ihre Verwaltungsgebäu-

de, ihre Kasernen etc., das sind die Angriffsziele.

Übrigens haben das Komitee der FUNK (Nationale Einheitsfront von Kambodscha) von Phnom Penh und andere patriotische Organisationen rechtzeitig vor dem 23. Dezember 1973, dem Datum des Beginns der Angriffe, wiederholte und dringliche Aufrufe an die Einwohner der Hauptstadt und an die ausländischen Bewohner gerichtet und sie gebeten, Phnom Penh, solange es noch möglich sei, zu verlassen und die befreiten Gebiete aufzusuchen oder sich zumindest von den militärischen Objekten zu entfernen. Diese wiederholten Aufrufe wurden und werden noch immer durch die "Stimme der FUNK" verbreitet. Außerdem werden sie auf in den verschiedenen Stadtvierteln massiv verbreiteten Flugblättern wiederholt. Viele Einwohner von Phnom Penh und Ausländer sind auch diesem Rat gefolgt, und sie sind sicher und wohl auf.

Diejenigen, die den Aufrufen auch nur minimale Aufmerksamkeit schenken oder die beim Lesen der Flugblätter ertappt werden, werden verhaftet, ins Gefängnis geworfen und zu Tode gefoltert, wie die vier jungen Leute von Tuol Svay Prey am 27. Januar 1974. Das ist ein Grund, daß Abertausende von Patrioten gegenwärtig die Gefängnisse der Hauptstadt füllen.

Aber dieses plötzliche Interesse, das man in dieser Presse und in diesen Kreisen für die Leiden und das Unglück des kambodschanischen Volkes aufbringt, hat etwas Erstaunliches. Zielt es nicht darauf ab, den Sinn des vom Volke und der FAPLNG geführten Kampfes in sein Gegenteil zu verkehren und ihm perfide die Verantwortung für die "Zivilopfer" der Angriffe auf militärische Objekte in Phnom Penh zur Last zu legen?

Versucht man nicht, damit die internationalen Meinungen zu verwirren, die den gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes unterstützen? Diese Kampagne der Hetze und Verleumdung ergänzt - sofern sie nicht ein Teil derselben ist - die vom amerikanischen Imperialismus heimtückisch angezettelten Manöver, die einen "Waffenstillstand", eine Kompromißlösung zwischen der FUNK und der Verräterclique von Phnom Penh, herbeiführen sollen.

Solche Manöver werden immer dann eingeleitet, wenn den US-Imperialisten und ihren Lakaien vom Volk und der FAPLNG im Kampf eine schwere Niederlage beigebracht wurde. Das war der Fall nach der Invasion der US-Saigoner im Mai/Juni 1970, nach der Operation "Chenla 2" Ende 1971, nach der "Amerikanisierung des

Luftkrieges" in Kambodscha von Ende Januar bis zum 15. August 1973. All diese Manöver beabsichtigen nur, das kambodschanische Volk um seinen bevorstehenden endgültigen Sieg zu bringen.

Frage: Die antikommunistische Propaganda spekuliert in der letzten Zeit wieder über unüberwindliche Gegensätze zwischen GRUNK und FUNK; sie spricht konkret von grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den "revolutionären Kommunisten" auf der einen Seite und den "Sihanukisten" auf der anderen. Was halten Sie von solchen Gerüchten? Wie entwickelt sich wirklich eine einheitliche Politik in der GRUNK und in der FUNK im gegenwärtigen Stadium des Kampfes um die nationale Befreiung?

Antwort: Die FUNK, deren Gründung sich am 23. März d.J. zum 4. Male jährte, ist die einzige patriotische Organisation des kambodschanischen Volkes, die alle sozialen Schichten und Klassen des kambodschanischen Volkes vereint, von den Mitgliedern der königlichen Familie bis zu den Bauern und Arbeitern.

Die FUNK versammelt auf der Grundlage der Orientierung und des Standpunktes der breiten nationalen Einheit alle patriotischen, für Frieden und Neutralität eintretenden Kräfte, die sie hat gewinnen können, und führt unter ihren Fahnen den Kampf um die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und um die Erhaltung der Ehre, der Wür-



de, der Errungenschaften und der Kultur der Nation.

Nachdem sie 4 Jahre lang einen entschlossenen, radikalen und ausdauernden Kampf gegen den Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten und ihrer Knechte geführt hat, ist die FUNK heute zum konkreten und lebendigen Symbol der breiten nationalen Einheit, des Stolzes und der Ehre der Nation geworden. Sowohl im Lande als auch auf internationaler Ebene gilt die FUNK als die einzige patriotische Organisation des kambodschanischen Volkes und die GRUNK, die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha, als ihre einzige legale Regierung.

Alle Betrügereien der amerikanischen Imperialisten und ihrer Knechte aller Schattierungen in Phnom Penh, die darauf abzielen, die persönlichen Werte, das Unabhängigkeits- und Souveränitätsstreben, das Ansehen und die Fähigkeiten der FAPLNG, der FUNK und der GRUNK herabzusetzen, haben ständige und peinliche Niederlagen erlitten. Im Gegensatz dazu entwickeln sich die persönlichen Werte, das Unabhängigkeits- und Souveränitätsstreben, das Ansehen und die Fähigkeiten der FAPLNG, der FUNK und der GRUNK jeden Tag weiter. FUNK und GRUNK haben eine immer festere Position sowohl im Lande als auch in der Welt. Sie vertreten nach wie vor als einzige die wahrhaftesten Interessen der ganzen Nation und des ganzen kambodschanischen Volkes in seinem Kampf um die nationale Befreiung, eines Volkes, das sie im Geist der Unabhängigkeit und Souveränität und in Befolgung der fünf Punkte führen, die in der Erklärung vom 23. März 1970 und im politischen Programm der FUNK enthalten sind.

Frage: Finden Sie es richtig, die UdSSR oder andere sozialistische Länder wie die DDR Komplizen der Lon-Nol-Clique oder gar des amerikanischen Imperialismus zu nennen? Welchen Wert mißt die FUNK der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern für die kämpfenden indochinesischen Völker bei?

Antwort: Unter den Ländern, die die GRUNK anerkannt haben, die die einzige legale und legitime Regierung des kambodschanischen Volkes ist, befinden sich die UdSSR und die DDR. Diese Anerkennung ist für uns eine wertvolle Unterstützung, denn sie trägt dazu bei, das Verräterregime von Phnom Penh und seine Herren, die amerikanischen Imperialisten, zu isolieren. Für uns ist die diplomatische Unterstützung eine außerordentlich wertvolle Unterstützung, und die UdSSR und die DDR haben bei der letzten Abstimmung in der UNO für uns gestimmt und durch diese Geste die Verräterbande und ihre US-Herren noch weiter isoliert.

Frage: Welche vordringlichen Aufgaben empfehlen Sie der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung in der BRD zur Unterstützung ihres Kampfes?

Antwort: Der Kampf des kambodschanischen Volkes ist in der BRD noch sehr wenig bekannt. Die Mittel, über die wir verfügen, sind sehr gering; deshalb halten wir es für notwendig, die Wahrheit über den Kampf, den das kambodschanische Volk unter der Leitung der FUNK und der GRUNK führt, so intensiv wie möglich zu verbreiten. Es gilt dabei besonders, die fortwährende amerikanische Aggression zu entlarven und zu verurteilen. Sie besteht nach wie vor in Bombardierungen, die niemals eingestellt wurden, obwohl Nixon am 15. August 1973 ihre Beendigung erklärt hat. Alle in Südostasien verfügbaren Flugzeuge mit Ausnahme der B 52 wurden eingesetzt. Es muß außerdem die massive Hilfe entlarvt und angeprangert werden, die die US-Imperialisten den Verrätern von Phnom Penh leisten. Für die breite Information über den Kampf des kambodschanischen Volkes halten wir es für nützlich, Artikel, Dokumente und Einschätzungen usw. in verschiedenen Zeitschriften und Büchern zu veröffentlichen, wie es gerade die Solidaritätskonferenz mit dem kambodschanischen Volk, die am 8. und 9.12. 1973 in Paris zusammentrat, empfohlen hat. Ebenso sollte man Plakate über die mit diesem Krieg zusammenhängenden Ereignisse herstellen, Informationsveranstaltungen, Teach-ins organisieren. Auf einer speziell politischen Ebene sollte man darüber hinaus die amerikanischen Basen in den verschiedenen Ländern verurteilen. Um dies zu leisten, müßten auch aktive Komitees zur Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes und Freundschaftsorganisationen mit Kambodscha gegründet werden. Im Rahmen des Möglichen sollte dieser Kampf finanziell und materiell unterstützt werden.

Schließlich haben wir der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität zu danken, die uns anlässlich der Durchführung einer Woche der Solidarität mit dem kambodschanischen Volk in die Bundesrepublik eingeladen hat, sowie dem Antiimperialistischen Informationsbulletin, das es uns ermöglichte, unseren westdeutschen Freunden die Situation und die Ziele des Kampfes des kambodschanischen Volkes gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien zu schildern und somit Freundschaft und Solidarität zwischen den Völkern von Kambodscha und der Bundesrepublik zu stärken.



Angola, Guinea-Bissau, Moçambique

Neue Etappe des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit

Gegenwärtig führen die Vertreter der Völker von Guinea-Bissau und Moçambique Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung Portugals über die Beendigung des Kriegszustandes und die politische Lösung der Kolonialfrage.

Noch zeichnet sich kein konkretes Ergebnis ab. Heute daher Spekulationen über mutmaßliche Kompromisse, neue Entwicklungstendenzen oder Detailfragen anzustellen, kann nicht die Aufgabe der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung sein.

Es kann allein die Sache der nationalen Befreiungsbewegungen und der portugiesischen Demokraten sein, darüber zu entscheiden, wie eine

Unveränderte Haltung von FRELIMO, MPLA und PAIGC

In den zehn Jahren ihres Widerstandskampfes gegen den barbarischen portugiesischen Kolonialkrieg haben sich die Befreiungsbewegungen MPLA, FRELIMO und PAIGC als wirkliche Führer ihrer Völker erwiesen. Sie gewannen das Vertrauen und die aktive Unterstützung der Bevölkerung. Weder der verschärfte Terror der Kolonialtruppen noch die Korrumpierungsversuche verschiedener imperialistischer Regierungen vermochten sie von ihrer prinzipiellen Haltung abzubringen.



gerechte Lösung der Kolonialfrage in der gegenwärtigen Situation durchzusetzen ist. Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik sind aufgefordert, über die prinzipielle Haltung der Befreiungsbewegungen und der demokratischen Bewegung Portugals zu informieren, sie in ihrem gemeinsamen Kampf solidarisch zu unterstützen.

Es ist in der gegenwärtigen Situation notwendig, all denen entgegenzutreten, die Resignationen oder Illusionen verbreiten. Daß die Befreiungsbewegungen konsequent die Interessen ihrer Völker vertreten, die Kräfteverhältnisse real einschätzen und die richtigen Entscheidungen treffen werden, ist gewiß.

Daran hat sich auch nach den radikalen politischen Veränderungen in Portugal nichts geändert. Das macht die hier stellvertretend für die Befreiungsbewegungen von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique wiedergegebene Erklärung des Exekutivkomitees der Frelimo vom 27. April 1974 deutlich:

"Der Weg zur Lösung des Problems ist klar: Anerkennung des Rechts des Volkes von Moçambique auf Unabhängigkeit. Wenn es das Ziel des Staatsstreichs ist, neue Methoden zu finden, um die Unterdrückung unseres Volkes fortzusetzen, so sollen die Regierenden Portugals wissen, daß sie auf unsere entschiedene Gegenwehr stoßen werden. Das Volk von Moçambique hat im Laufe seines 10jährigen heroischen Kampfes schwere Opfer auf sich genommen und das Blut seiner besten Söhne ver-

gossen, um das unveräußerliche Recht auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu erlangen.

Das Volk von Moçambique hat sich politisch wie militärisch dafür eingesetzt. Ermutigt durch seine Siege im bewaffneten Kampf und stärker denn je vereinigt unter der Führung der FRELIMO wird das Volk von Moçambique vor keinem Opfer zurückschrecken, um seine legitimen Rechte und Ziele zu erringen.

Wir werden nicht zulassen, daß die Demokratie für das portugiesische Volk als Deckmantel dazu dient, die Unabhängigkeit unseres Volkes zu verhindern.

Ebenso wie die Epoche Caetano gezeigt hat, daß es keinen liberalen Faschismus gibt, ist es notwendig, deutlich zu machen, daß es keinen demokratischen Kolonialismus gibt.

Jetzt ist es notwendig, daß alle Kräfte, die solidarisch sind mit dem Volk von Moçambique und den Völkern von Angola, Guinea-Bissau, den Kapverdischen Inseln, S. Tome und Principe, weiterhin aktiv sind, damit unser Recht auf völlige Unabhängigkeit durchgesetzt wird; daß sie wachsam bleiben gegenüber allen Manövern, die unserer völligen Befreiung entgegenstehen und die ebenso von der portugiesischen Regierung wie von den rassistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien ausgehen.

Es ist notwendig, daß die Kräfte, die unseren Kampf unterstützen, ihre Hilfe für die Befreiungsbewegungen auf allen Ebenen verstärken, damit die Zielvorstellungen unseres Volkes, die den Zielen der gesamten Menschheit entsprechen, verwirklicht werden können."

Die afrikanischen Völker können sich in ihrem Kampf um eine gerechte Lösung der Kolonialfrage auf die in der Provisorischen Regierung Portugals vertretenen und die demokratische Massenbewegung anführenden Linksparteien stützen. Ihr Kampf ist gegen alle Versuche gerichtet, den Demokratisierungsprozeß in Portugal rückgängig zu machen, sowie die Entkolonialisierung in Afrika zu blockieren bzw. in eine neokolonialistische Variante zu überführen. Insofern stellt die Stärkung der demokratischen Bewegung Portugals einen wesentlichen Faktor bei der Durchsetzung der legitimen Forderungen der Befreiungsbewegungen dar.

Solidarität – jetzt erst recht!

Der weltweite Protest hat auch mit dazu beigetragen, daß sich nun die Vertreter der Völker von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique und Portugal am Verhandlungstisch gegenüber sitzen.

Wir können helfen, den Krieg rascher zu beenden, die Leiden der Völker von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique zu verkürzen, die fortschrittliche Bewegung in Portugal zu stärken, wenn wir gerade in der gegenwärtigen Situation unsere politische und materielle Solidarität verstärken.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:

- Keine Waffen für den Kolonialkrieg!
- Anerkennung der Republik Guinea-Bissau!
- Anerkennung der MPLA und der FRELIMO als

rechtmäßige Vertreter der Völker von Angola und Moçambique!

- Politische und materielle Unterstützung des Kampfes der Völker von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique für Unabhängigkeit und Freiheit!
- Unterstützung der demokratischen Entwicklung in Portugal!

Schulmaterialien und Sportaus- rüstungen

1973 hat das Antimperialistische Informationsbulletin (AIB) begonnen, Schulmaterial für die Kinder in den befreiten Gebieten von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique zu sammeln. Im Juli letzten Jahres, anlässlich des X. Festivals, konnten bereits die ersten 30.000 Schulhefte und 40.000 Bleistifte an Vertreter der Befreiungsbewegungen MPLA, PAIGC und FRELIMO übergeben werden.

Das AIB wird die Sammelaktion von Schulmaterialien fortsetzen und die Aktion auf Wunsch der Befreiungsbewegungen um Sportausrüstungen erweitern.



Wir fordern deshalb alle Organisationen, Gruppen und Personen auf, sich an der Aktion zu beteiligen, die Sammlung durch Sach- und Geldspenden zu unterstützen.

Sachspenden erbitten wir an die Adresse der Redaktion:

Antimperialistisches Informationsbulletin
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672

Geldspenden auf das Konto:

Postscheckamt Köln, Postscheckkonto 171 387
Sonderkonto W. Breuer, Köln

Jemen

Dem Gebiet des Jemen kommt aufgrund seiner zentralen Lage zwischen Suezkanal und Indischem Ozean eine hohe strategische Bedeutung zu.

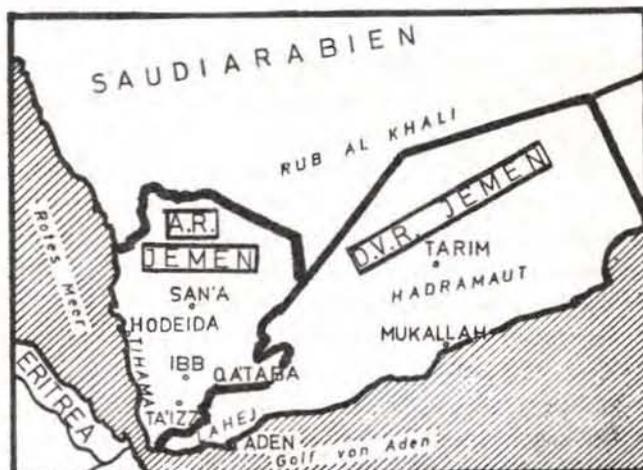
Der heute 5,6 Mio Einwohner zählende Nordjemen (Fläche: 195.000 km², Hauptstadt: Sana'a) konstituierte sich 1918 nach rund fünfzigjähriger türkischer Herrschaft als Königreich Jemen, d.h. als absolute Monarchie. 1962 stürzten nationale Kräfte unter Führung der Armee die Monarchie und riefen die Arabische Republik Jemen (ARJ) aus. Gegen das fortschrittliche Regime entfesselten Royalisten und äußere Reaktion einen von 1962-1967 andauernden Bürgerkrieg, der 1967 mit der Rückeroberung der politischen Macht durch die nordjemenitischen Feudalherren endete.

Das Gebiet des nur 1,3 Mio Einwohner zählenden Südjemen (Fläche: 290.000 km², Hauptstadt: Aden) umfaßt die ehemalige britische Kronkolonie Aden und das vormalige Protektorat Großbritanniens Südarabien. Die 1963 gegründete Organisation Nationale Befreiungsfront des Südjemen (NFO) erkämpfte Ende 1967 die nationale Unabhängigkeit des Landes und proklamierte die Volksrepublik Südjemen. Auf dem Kongreß der NFO Mitte 1969 entschied sich die interne politisch-ideologische Auseinandersetzung zugunsten des linken Flügels, der eine Umbenennung des Südjemen in Volksdemokratische Republik Jemen (VDRJ) vornahm und eine neue Verfassung verabschiedete, mit der der Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung eingeleitet wurde.

Das im Oktober 1972 zwischen der ARJ und der VDRJ vereinbarte Vorhaben einer politischen Union (Kairoer "Abkommen zur Vereinigung des Jemen") scheint infolge fortgesetzter Aggressionsakte des Nordjemen gegen südjemenitisches Gebiet wohl auf längere Sicht gescheitert.

In den nachfolgenden Dokumenten nationaldemokratischer Repräsentanten des Nord- und Südjemen kommt die entgegengesetzte sozialökonomische und politische Entwicklung der beiden Länder zum Ausdruck:

Das Dokument der Jemenitischen Revolutionär-demokratischen Partei des Nordjemen, die unter den Bedingungen tiefster Illegalität kämpft, schildert die terroristischen Herr-



schaftsmethoden der herrschenden Feudalklasse sowie die Aktivitäten der mit ihr verbündeten imperialistischen und saudiarabischen Reaktion, wobei mit besonderem Nachdruck auf die Rolle der BRD hingewiesen wird. Die Konservierung der sozialen und politischen Rückständigkeit und die forcierte Unterdrückung der demokratischen Bewegung werden in Zusammenhang mit der militärischen Aggressionsstrategie gegen die VDR Jemen gestellt.

Das zweite Dokument, ein auszugsweise wiedergegebenes Gespräch mit dem Ministerpräsidenten des Südjemen, Ali Nasser Mohammed, gibt Aufschluß über die Entwicklung des revolutionären Prozesses in der VDR Jemen. A.N. Mohammed vermittelt einen Überblick über die sozialen und politischen Errungenschaften des südjemenitischen Volkes, über die innen- und außenpolitischen Aufgaben und Ziele der von der NFO geführten Regierung der VDR Jemen. Die sozialen Errungenschaften des Südjemen, seine sozialistische Orientierung und seine außerordentliche Bedeutung bei der Unterstützung vor allem der Befreiungsfront PFLOAG im benachbarten Sultanat Oman sind die Ursache dafür, daß sich die VDRJ gegenwärtig einer verstärkten militärischen Bedrohung seitens des Iran, Saudi-Arabiens, des Nordjemen, Großbritanniens und der USA ausgesetzt sieht.

Jemenitische Revolutionär-demokratische Partei

Die Herrschaft der feudalen Reaktion im Nordjemen

Die jemenitische Wirklichkeit ist gekennzeichnet durch zwei Grundmerkmale:

1. Die Realität der Teilung. Der Jemen ist gegenwärtig in drei Teile geteilt. Der eine wurde vom britischen Kolonialismus vor fünf Jahren befreit, als nationaldemokratische Kräfte die Macht übernahmen - die Volksdemokratische Republik Jemen (VDRJ). Der zweite Teil ist die Arabische Republik Jemen (ARJ), die in den vergangenen Jahren vollständig in die Hände

von Reaktion, Neokolonialismus und Imperialismus geriet. Der dritte Teil (Nagran, Asir und Gizan) wird seit mehr als 40 Jahren vom reaktionären Saudi-Arabien besetzt gehalten.

2. Der zweite Aspekt dieser Realität ist die Verschiedenheit der Klassenkräfte und der politischen Kräfte, die sich in jedem dieser drei Teile, die insgesamt den Jemen bilden, in einer verschärften Auseinandersetzung gegenüberstehen, die demokratisch-national-revolutionären Kräfte auf der einen, die Kompra-

doren, die feudalistischen und imperialistischen Kräfte auf der anderen Seite. (...)

Die Situation im Nordjemen

Die Herrschaft der Adelsfamilien und der Geistlichkeit lastete seit Jahrhunderten auf dem Nord-Jemen (der heutigen Arabischen Republik Jemen) und dem Leben des jemenitischen Volkes. Sie hielt es in einer schrecklichen Isolation, indem es die Kenntnis selbst der einfachsten Realitäten dessen, was in der Welt vor sich ging, unterband, denn es war verboten, irgendwelche noch so einfachen Reformen durchzuführen. Um das Ausmaß der gewaltigen Rückständigkeit, die unserem Volke auferlegt



Basar in der Hauptstadt der ARJ, Sana'a

wurde, zu veranschaulichen, mag es genügen festzustellen, daß es im ganzen Nord-Jemen nicht mehr als drei Grundschulen gab, in denen nur der heilige Koran gelehrt wurde, und ein einziges Krankenhaus mit einem einzigen ausländischen Arzt.

Am 26. September 1962 stürzten nationale Elemente dieses Regime und proklamierten die Arabische Republik Jemen. Trotz des übernommenen Erbes tiefster Rückständigkeit, trotz der beschränkten Möglichkeiten und trotz der zahlreichen Verschwörungen gegen das neue Regime gelang es diesem, einige Reformen einzu-

leiten und seine Gegnerschaft gegenüber Kolonialismus und Imperialismus und seine Freundschaft gegenüber den befreiten Ländern und den sozialistischen Staaten zu bekunden.

Da die reaktionären arabischen Regierungen sowie die kolonialistischen und imperialistischen Staaten den vollen Umfang der Gefahr begriffen, die ihren vielfältigen Interessen damit in der Gesamtregion der Arabischen Halbinsel erwuchs, begannen sie einen tückischen und aggressiven Krieg gegen den Nord-Jemen. Dabei benutzten sie das Territorium des Königreichs Saudi-Arabien als Sprungbrett für derartige Kriegshandlungen, setzten die reaktionären royalistischen Strohmänner als Werkzeuge ein und bedienten sich ausländischer Söldner als Experten, Befehlshaber und Ausbilder in dem genannten Krieg, in den das Königreich Saudi-Arabien und alle imperialistischen Staaten gewaltige Mittel investierten. (...)

Der reaktionäre Staatsstreich vom 5. November 1967

Der Staatsstreich vom 5. November 1967 ist der Beginn eines dunklen Kapitels im Leben unseres jemenitischen Volkes. Die saudische Reaktion und die imperialistischen Kräfte hatten erkannt, daß sie das republikanische Regime nicht mit Waffengewalt stürzen können. So versuchten sie ihr Ziel auf anderem Wege zu erreichen, nämlich über die Bekämpfung des Regimes von innen, um seinen demokratischen und nationalen Inhalt auszuhöhlen. Um ihr Ziel zu erreichen, organisierten und unterstützten sie die lokalen feudalen Führer und leiteten sie bei der Planung dieses Staatsstreiches an, der die nationalen Kräfte der Staatsmacht beraubte. Sie schlugen aus der geeigneten Atmosphäre nach der Niederlage vom 5. Juni 1967 Kapital, um die reaktionären Kräfte in der Armee zu fördern, und sofort setzte eine Serie von Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die demokratischen und nationalen Kräfte ein. Sie erreichten ihren Höhepunkt im August 1968, als die alten sozialen Kräfte einen Kampf gegen die neuen Kräfte in der Stadt Sana'a eröffneten, wo sich die reaktionären und imperialistischen Kräfte auf einen derartigen ungleichen Kampf vorbereitet hatten.

Dabei kamen Dutzende von Nationalisten ums Leben, an der Spitze jene Helden, die während der Belagerung der Stadt Sana'a den Royalisten die Stirn geboten hatten. Hunderte von ihnen wurden ins Gefängnis geworfen. Zugleich wurden alle Massen- und Volksorganisationen gewaltsam aufgelöst und ihre Hauptquartiere geschlossen, voran die Arbeiter-Föderation und die Studentenunion, deren Führer ins Gefängnis

geworfen wurden. (...)

Es war nur natürlich, daß die diplomatischen Beziehungen zu den USA und Westdeutschland wieder aufgenommen wurden, da diese beiden Länder - wie Dokumente bezeugen - an der Spitze jener Länder standen, die den Krieg im Jemen massiv unterstützten.

Die wirtschaftliche Lage

Die Herrschaft in Nord-Jemen hat einige Ähnlichkeit mit der anderer herrschender Feudalklassen, die sich jedem wirtschaftlichen Wachstum entgegenstellen und so gut wie keine Verbesserung der Lebenslage der breiten Massen zulassen, insbesondere der armen Klassen, der Arbeiter und Bauern. Doch damit nicht genug, vergrößerte das Regime des Nord-Jemen deren Elend dadurch, daß die Feudalherren und die obersten Staatsbeamten die Erlaubnis erhielten, den Kleinbauern und Arbeitern maßlose Steuern und Abgaben aufzuerlegen. Die Steuern für Einzelpersonen stiegen um 200% in den Landgebieten und in den Städten. Die Korruption begann sich in allen staatlichen Institutionen einzunisten.

Selbst die notwendigsten Reformen werden völlig blockiert. So sind heute weder Schulen, noch Krankenhäuser, Straßen etc. vorhanden, mit Ausnahme derer, die während des republikanischen Regimes vor dem reaktionären Staatsstreich vom 5. November 1967 gebaut wurden. (...)

Unser Land lebt heute von den Mitteln, die das Königreich Saudi-Arabien, Westdeutschland und die USA ihm an finanzieller Hilfe etc. gewähren. Solche Staaten sind sehr eigen darin, unser Land in einem Zustand zu halten, in dem es dauernd diese Staaten anbetteln muß. Damit sichern sie sich nicht nur seine Loyalität, sondern dieses Gebiet bleibt ihnen als ohnmächtiger Schuldner erhalten und zugleich als Ausgangsbasis für den Export ihrer Verschwörungen gegen die nationalen Befreiungsbewegungen und progressiven Regimes in den benachbarten Ländern.

Darüber hinaus wurde unsere Währung um 60% gegenüber dem Stand von 1967 abgewertet, während im gleichen Zeitraum die Preise für Konsumgüter um 300% gegenüber dem Stand von 1967 erhöht wurden, ohne daß die Löhne angehoben wurden. (...)

Verstärkte imperialistische Aktivitäten

Die Rückkehr der Royalisten an die Macht markierte den Ausgangspunkt zur Ausweitung des reaktionär-imperialistischen Einflusses. Dieser Einfluß begann weiter zu wachsen durch die Aktivitäten von Mitgliedern der Botschaf-

ten westlicher Länder, angeführt von der BRD, über die Organisierung von Sabotage- und Spionageringen, von Mordanschlägen oder indem sie Militärs und Zivilisten in großer Zahl zum Studium ins Ausland schickten. Hunderte von Militärs und Zivilisten, die sorgfältig ausgewählt und in verschiedenen Formen der Spionage und besonders raffinierten Foltermethoden ausgebildet wurden, reisten nach Westdeutschland, Saudi-Arabien, den USA und dem Iran. Erst jüngst erhielten die Behörden im Norden moderne Folterinstrumente, die in westlichen Fabriken hergestellt wurden. In letzter Zeit starben eine Anzahl ehrenvoller Kämpfer an der Folter - zuletzt der unermüdete Patriot Ali Qassem Saif, einer von Dutzenden, die auf diese Weise ums Leben kamen.

Der Nord-Jemen hat zahlreiche Überweisungen erhalten und Waffengeschäfte getätigt, wovon das letzte die Ankunft von 100 Panzern war, die das Königreich Saudi-Arabien bezahlte. Die finanziellen Hilfeleistungen belaufen sich auf Hunderttausende von Riyals monatlich, die Saudi-Arabien als monatliche Nebeneinkünfte an hohe Beamte und Strohmänner, zum Unterhalt der sie ausbildenden und bewachenden Söldner, sowie für den Export der Verschwörungen gegen den Demokratischen Jemen und andere zahlt.

Es gibt Hinweise, die darauf hindeuten, daß die imperialistischen Staaten einen Militärpakt planen, dem Äthiopien, Nord-Jemen, Saudi-Arabien, reaktionäre Regimes am Golf sowie der Iran angehören sollen, mit dem Ziel, diese strategisch wichtige und ausgedehnte Region unter ihre Knute zu zwingen, eine Region, die reich an lebenswichtigen und notwendigen Naturschätzen ist, in erster Linie an Erdöl. (...)

Widerstandsaktionen verschiedener Schichten

Bevor die Lage sich in dieser schlimmen Weise verschlechterte, hatten die gequälten jemenitischen Massen ihre Unzufriedenheit und ihren Zorn ausgedrückt. Davon zeugen zahlreiche Bauernaufstände und Rebellionen in der Armee, sowie eine Reihe von Demonstrationen von Arbeitern und Studenten, deren letzte die Studentendemonstration im März 1973 war, die in zahlreichen Städten drei Tage lang andauerte. Aber die schreckliche und brutale Unterdrückung ließ keine Erhebungen zu, die positive Ergebnisse gebracht hätten. Um die Brutalität zu unterstreichen, erwähnen wir diejenigen, die bei den Schülerdemonstrationen getötet wurden: Ihre Zahl betrug acht, von denen drei unter den Rädern der Regierungsfahrzeuge starben und deren Alter 15 Jahre nicht überstieg.

Die herrschende Macht versucht, Hunderte von patriotischen Offizieren in der Armee und in den Sicherheitskräften zu liquidieren: entweder durch geheime Hinrichtungen, wie es mehr als 50 Offizieren und Soldaten in den letzten Monaten widerfuhr, an der Spitze die Leutnants Ahmed Said und Faisal Othman, oder durch Verhaftung und Entfernung aus den Streitkräften, was bis jetzt 700 Offiziere betraf. Mit Unterstützung des Imperialismus und des Königreichs Saudi-Arabien begann das Regime an Stelle der gesäuberten Armee eine neue Armee aus Söldnern sowie aus Angehörigen der Familien der Scheichs und Feudalherren aufzubauen. Diese neuen Einheiten greifen augenblicklich zu Verfolgungsmaßnahmen in einem nie gekannten Ausmaße. (...)

Verfolgung und Unterdrückung

Die Massen im Norden unserer Heimat leiden unter einer unvergleichlichen Unterdrückung in allen Bereichen des Lebens. Die elementarsten demokratischen Rechte haben keinerlei Gültigkeit. Alle Massenorganisationen wurden verboten, ihre Führer in Handschellen und mit riesigen Eisenketten an den Füßen ins Gefängnis getrieben. Es gibt jetzt Tausende von Unschuldigen, die ohne Prozeß in den Gefängnissen sitzen. Umfangreiche Entführungsaktionen wurden in den städtischen und ländlichen Gebieten durchgeführt gegen Kräfte und Personen, die der Zunahme des imperialistischen Einflusses feindselig gegenüberstehen. Eine Vielzahl von ihnen wird ermordet, ohne daß irgendjemand etwas davon erfährt. Massen-

hinrichtungen finden in drei verschiedenen Lagern, die darauf spezialisiert sind, statt.

Die Behörden haben mehr als 80 Dörfer vollkommen zerstört, wobei Dutzende von Kindern, Greisen und Frauen unter den Trümmern ums Leben kamen. Tausende unserer Mitbürger wurden heimat- und obdachlos. Ihre Ernten und Besitztümer wurden geplündert und verbrannt. Sie sind vom Hungertod bedroht. Wir übertreiben beileibe nicht, wenn wir die blutigen Massaker und Zerstörungen mit den entsprechenden Taten der Nazis vergleichen. Wir würden hier Dutzende von Seiten benötigen, wollten wir die Namen derer nennen, die von der Hand der neuen Nazis in Sana'a starben, angefangen mit der Ermordung von Hauptmann Abdul Raqib A. Wahab, dem Führer der Verteidigung bei der berühmten Belagerung von Sana'a, bis hin zu den zahlreichen Opfern der Massenhinrichtungen.

Was die Herzen der demokratischen und nationalen Kräfte im Jemen aufwühlt, ist, daß die imperialistischen Kräfte bis heute vor der internationalen Öffentlichkeit ihre Handlungen von barbarischer Grausamkeit verheimlichen konnten. Wir meinen, daß es höchste Zeit ist, alle kämpfenden Völker und friedliebenden und demokratischen Kräfte über das, was in dieser Gegend in Wahrheit vor sich geht, zu informieren. (...)

(Quelle: Hektographiertes Material der Jemenitischen Revolutionär-Demokratischen Partei, vorgelegt auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte, Moskau, Oktober 1973)

.....

**Ali Nasser Mohammed,
Ministerpräsident der VDR Jemen**

Revolutionäre Entwicklung des Südjemen

Die gegenwärtig wichtigste Aufgabe in der Volksdemokratischen Republik Jemen ist die Realisierung der wirtschaftlichen und sozialen Ziele entsprechend dem Programm der nationaldemokratischen Revolution sowie den Beschlüssen des 5. Kongresses der Organisation der Nationalen Front (NFO) vom März 1972. Erfolge sind auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet und auch anderswo zu verzeichnen. Als Beispiele seien das Gesetz über die Verstaatlichung des Wohnungsbaus genannt sowie die Tatsache, daß Hunderte Schulen gebaut und Hunderte Lehrgänge zur Bekämpfung des Alpha-

betentums durchgeführt wurden und werden.

Die wichtigsten Errungenschaften seit der Unabhängigkeit am 30. November 1967 und besonders seit der Isolierung der rechten Kräfte am 22. Juni 1969 sind folgende:

Die Verstaatlichung der Banken, der ausländischen Schiffahrts- und Handelsunternehmen, der Versicherungs- und Ölvermarktungsgesellschaften. Durch das Gesetz Nr. 37 aus dem Jahre 1969 wurde ein staatlicher Sektor in der Wirtschaft geschaffen.

Das Problem der Landwirtschaft wurde einer

grundsätzlichen Lösung näher gebracht. Unter Führung der NFO beschlagnahmten die armen Bauern und Landarbeiter den Boden, der im Besitz von Großgrundbesitzern und Feudalherren war. Es wurden landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Staatsfarmen gegründet. Ein Teil der enteigneten Flächen wurde an 25 778 Familien verteilt. Außerdem entstanden Produktionsgenossenschaften für Fischerei, Dienstleistungen und Konsumgüter.

Die erste Verfassung der Republik, die Verfassung der nationaldemokratischen Revolution, wurde in Kraft gesetzt.

Wir konnten unsere bewaffneten Kräfte von kolonialistischen Elementen säubern. Das Ausbildungssystem, alle bisherigen Gesetze und Verordnungen über die Streitkräfte wurden erneuert. Wir verfügen heute über eine effektive und schlagkräftige Streitmacht, welche die Revolution schützen und die Heimat verteidigen kann.

Der Oberste Volksrat (Parlament) wurde gebildet, der die Einheit des werktätigen Volkes in der VDRJ verkörpert und den allmählichen Übergang zur Machtergreifung durch die Arbeiter und Bauern ebnet.

Wir arbeiten mit all jenen zusammen, die die nationaldemokratische Revolution unterstützen. Das zeigt sich in der Teilnahme an der Machtergreifung, in der Vertretung im Obersten Volksrat und in den verschiedenen Massenorganisationen.

Der erste Dreijahrplan für die wirtschaftliche Entwicklung bis 1974 wurde beschlossen. Darin sind Projekte vorgesehen, deren Gesamtkosten die Summe von 40 295 700 Dinar erreichen. Wir haben berechtigte Hoffnung, den Plan bis Ende des Jahres zu verwirklichen. Wir konnten die Arbeitslosigkeit im Lande besiegen. Von 1969 bis heute wurden etwa 18 000 Arbeitsplätze geschaffen.

Der 5. Kongreß der NFO war ein Meilenstein in den zehn Jahren seit Beginn der Revolution am 14. Oktober 1963. Besonders bedeutsam ist, daß dieser Kongreß mit dem Programm der nationaldemokratischen Revolution die Grundlagen für die weitere Entwicklung in der gegenwärtigen Übergangsperiode festgelegt und die Zukunft der Revolution in der VDRJ im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus abgesteckt hat.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder gewähren uns wertvolle Hilfe. Die Rolle der sozialistischen Länder beim Aufbau unserer Volkswirtschaft und bei der Festigung unserer nationalen Unabhängigkeit findet bei unserem Volke größte Anerkennung und Hoch-

achtung. Wir sehen es als unsere Pflicht an, Freundschaft und Zusammenarbeit im Interesse der Stärkung des Kampfes gegen Reaktion, Imperialismus und Zionismus zu festigen.

Wir sind gegenwärtig dabei, einen Fünfjahrplan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auszuarbeiten. Seine Realisierung erfolgt in den Jahren 1974 bis 1979. Auf politischem Gebiet sind Probleme herangereift, deren Lösung unumgänglich ist. Das ist vor allem die Einheit aller Abteilungen der nationaldemokratischen Revolution im Rahmen der Nationalen Front als erster Schritt zur Schaffung einer avantgardistischen Partei.

An der Spitze unserer Aufgaben jedoch steht die Stärkung unserer Verteidigungskraft, damit wir unsere nationale Unabhängigkeit schützen und jeden Versuch zurückschlagen können, die Errungenschaften unseres Volkes oder unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gefährden. Wir sind sicher, daß wir kraft unserer eigenen Potenzen und mit Hilfe und Unterstützung unserer Brüder und Freunde, besonders in den sozialistischen Ländern, diese großen Aufgaben verwirklichen werden.

(Quelle: Neues Deutschland, 6.3.1974)



Brunnenbau für die Trinkwasserversorgung – eine dringende Aufgabe. Bohrmeister Ahmed al-Hassani arbeitet am Bir Nasser in der 2. Provinz.

Peru

Nach dem Sturz der Regierung der Unidad Popular in Chile ist Peru mehr denn je den massiven Angriffen und Drohungen seitens der USA und seiner faschistischen Nachbarstaaten Brasilien, Chile und Bolivien ausgesetzt. Doch die fortschrittliche Regierung von General Alvarado erteilte all denen, die nach den Ereignissen vom 11. September 1973 in Chile prophezeiten, nun müsse in Peru ein entschiedener Rechtsruck erfolgen, mit der resoluten Enteiung einer Reihe von US-Monopolen in den vergangenen Monaten die gebührende Antwort.

In dem nachfolgenden Interview, das der Generalsekretär der Peruanischen Kommunistischen Partei, Jorge del Prado, der "Neuen Zeit" anlässlich seines Besuches in der Sowjetunion im Mai d.J. gewährte, werden die charakteristischen Merkmale des revolutionären Prozesses in Peru, die Grundzüge der Innen- und Außenpolitik der Militärregierung beschrieben. Del Prado nimmt ferner eine Einschätzung der aktuellen Kampfbedingungen der antiimperialistischen Bewegung Perus hinsichtlich der Auswirkungen des internationalen Entspannungsprozesses einerseits und des faschistischen Umsturzes in Chile andererseits vor.

Jorge del Prado

Peru baut ein neues Leben



Frage: Seit mehr als fünf Jahren beschreitet Peru den Weg revolutionärer Umgestaltung. Wie sehen die wichtigsten Errungenschaften in diesem Zeitraum aus?

Antwort: Eine ausführliche Aufzählung aller fortschrittlichen Maßnahmen, die durch die Revolutionäre Regierung der Streitkräfte mit Unterstützung des Volkes Perus realisiert worden sind, würde viel Zeit und Raum einnehmen. Ich beschränke mich deshalb auf die wichtigsten Fakten, die eine Vorstellung vom Aufbau eines neuen Lebens im Lande vermitteln.

Die Politik der Regierung Velasco Alvarados zielt auf Erlangung ökonomischer Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt ab. In diesem Sinne ist in den mehr als fünf Jahren Beachtliches geleistet worden. Das ist naturgemäß, da Peru zur Zeit eine Regierung hat, die von patriotischen, ausgeprägt antiimperialistisch und antioligarchisch orientierten Idealen inspiriert wird.

Ich möchte daran erinnern, daß Peru vor 1968 ein von ausländischen und vornehmlich von amerikanischen Monopolen abhängiger Staat war. Zu Perus Reichtümern gehören Bodenschätze, Küstengewässer und Rohrzuckerplantagen. All diese Reichtümer wie auch der Außen-

handel und das Bankwesen befanden sich zuvor unter Kontrolle imperialistischer Monopole. Das Land war dem amerikanischen Imperialismus unterworfen, dessen Anhängsel die einheimische Oligarchie war.

Heute hat sich die Situation von Grund auf gewandelt. Der Staatssektor ist nun in der Wirtschaft vorherrschend. Der Staat hat die Erdölvorkommen, die Fischereindustrie (sie nimmt den zweiten Platz in Perus Export ein) unter seiner Kontrolle, er besitzt die Schlüsselpositionen in Bergbau, Außenhandel und Bankwesen. Darüber hinaus kontrolliert der Staat die wichtigsten Beförderungsmittel — Eisenbahn und Luftfahrt — ferner die Stromversorgung und den Fernsprekdienst. Das Antlitz des Landes hat sich grundlegend verändert. Wir können ohne Vorbehalte sagen, wir hätten in der Wirtschaft eine „zweite Befreiung“ errungen.

Früher war Peru nicht nur ein abhängiges, sondern auch ein unterentwickeltes Land. Auch jetzt besitzt es noch keine entwickelte vielseitige Wirtschaft, die den Grundbedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden könnte. Jedoch sind schon wichtige Schritte in dieser Richtung eingeleitet worden. Ein fortschrittliches Gesetz über Industrie wird bereits realisiert. In Zusammenarbeit auch mit der sozialistischen Staatengemeinschaft entwickelt Peru diese Nationalwirtschaft.

Schließlich sei betont, daß die Verwirklichung der von der Regierung beschlossenen Agrarreform die Produktionsverhältnisse auf dem Lande grundlegend geändert hat. Den Latifundien wurde praktisch ein Ende gesetzt. Die Klasse der Großgrundbesitzer ist in Peru im Schwinden begriffen. Die privaten agroindustriellen Betriebe der Küstengebiete wurden in Genossenschafts- und Staatsgüter verwandelt. Die in den Anden liegenden Ländereien der Feudalen sind unter Bauern aufgeteilt worden. Viele Landstreifen, die die Großgrundbesitzer mit Gewalt oder Betrug den Indianergemeinden entrisen haben, wurden den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben. Dadurch steigt die Kaufkraft der ärmsten Bevölkerungsschichten. Dies ist für die weitere Wirtschaftsentwicklung von größter Bedeutung, da sie ohne Ausweitung des Binnenmarktes undenkbar ist.

Kurz zusammengefaßt, möchte ich unterstreichen: Unseres Erachtens sind all diese Wandlungen keine gewöhnlichen Reformen, wie es die mit der peruanischen Reaktion paktierenden Ultralinken vorgeben. Es handelt sich um die erste Phase einer tiefgreifenden antiimperialistischen und antioligarchischen Revolution.

Frage: In welchem Maße begünstigt die gegenwärtige internationale Lage Ihrer Meinung nach die in Peru vor sich gehenden Prozesse?

Antwort: Zwischen den Vorgängen innerhalb eines jeden Landes und der internationalen Bedingungen, unter denen sie sich entwickeln, besteht ein äußerst enger Zusammenhang, der diesen Prozeß entweder erleichtert oder erschwert. Uns begünstigt jetzt vieles. Vor allem die sowjetische Friedenspolitik, das in der Sowjetunion vom XXIV. Parteitag der KPdSU entwickelte Programm. Neben allen anderen Ländern kommt diese Politik auch Peru zugute, denn sie hat nicht nur die Schaffung von optimalen Bedingungen für den kommunistischen Aufbau in der UdSSR, sondern auch für einen erfolgreicher Kampf der kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern um ihre Unabhängigkeit zum Ziel. Diese Politik sieht die volle Unterstützung aller um ihre Befreiung kämpfenden Völker vor. Das Herzstück der sowjetischen Außenpolitik bildet der Kampf für den Frieden, und zwar nicht für einen Frieden um jeden Preis, sondern für einen Frieden, der aggressive imperialistische Kriege unmöglich macht. Das überzeugendste Beispiel für den Triumph dieser These liefert die Beendigung des Vietnamkrieges. Die Niederlage der Imperialisten leitet sich direkt aus der Unterstützung des heldenhaften vietnamesischen Volkes durch die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft her. Ähnliche Tendenzen sind jetzt auch im Nahen Osten zu beobachten. Die dort von der Sowjetunion verfolgte Friedenspolitik trägt zur Einstellung des Krieges in diesem Raum bei. Große Fortschritte sind auch in Europa erzielt worden. Gefährliche Spannungen, die nicht nur diesen Kontinent, sondern faktisch die ganze Welt bedrohten, werden entschärft.

Für uns ist es völlig klar, daß sich aus der Festigung des Friedens für die um ihre Freiheit ringenden Völker zunehmende Möglichkeiten ergeben, ihre gerechten Ziele erfolgreicher durchzusetzen. So wurde es für die Imperialisten nach der Niederlage in Vietnam viel schwieriger, neue aggressive Aktionen solcher Art gegen andere Völker zu unternehmen. Dieses Beispiel ist bezeichnend, und die Welt hat daraus entsprechende Lehren gezogen. Es begeistert auch das peruanische Volk bei der Errichtung eines neuen Lebens. Deshalb ist es folgerichtig, daß wir dieser Politik, die auch die Kampfsolidarität mit den Völkern Lateinamerikas einschließt, sehr hohen Wert beimessen. Diese Solidarität wurde während der jüngsten Visite des Genossen Breshnew in Kuba erneut bekräftigt, wo er sich für die Unterstützung aller für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfenden lateinamerikanischen Völker ausgesprochen hat.

Andererseits bestehen in der internationalen Lage noch viele Faktoren, die unseren Kampf komplizieren. Das hat im faschistischen Umsturz in Chile, hinter dem imperialistische Drahtzieher stehen, seinen markantesten Ausdruck gefunden. Der Staatsstreich in Chile ist ein schwerer Schlag für alle nationalen Befreiungsbewegungen Lateinamerikas. Das trifft auch uns Peruaner sehr hart. Es geht nicht nur darum, daß Peru und Chile Anliegerstaaten sind. Das Wichtigste ist, daß in

Chile, zwar auf anderen Wegen und in anderen Formen, der gleiche Kampf um die Unabhängigkeit vor sich ging. Wir fühlten uns sicherer, als in unserem Nachbarland die UP-Regierung die Macht ausübte. Darüber hinaus schürt der abtrünnige General Pinochet, der seit langem aggressive Ansichten hitleischer Geopolitik propagiert hatte, in letzter Zeit verstärkt eine antiperuanische Psychose. All das kann die antiimperialistischen Kräfte Perus nicht einschüchtern. Im Gegenteil, die Gefahr läßt sie zusammengehen. Davon zeugt der Zorn, der das ganze Land erfaßte, als der Putsch in Chile bekannt wurde. Die Forderung nach Freilassung Louis Corvaláns wurde in einem Telegramm des Präsidenten Velasco Alvarado an die chilenischen Behörden formuliert. Alvarado ist bis jetzt der einzige Präsident eines nichtsozialistischen Staates, der sich dazu so klar und eindeutig äußerte.

Ich wiederhole: Die Geschehnisse in Chile erschweren die Entwicklung unseres Landes, aber sie vermögen sie nicht aufzuhalten. Regierung und Volk Perus haben der einheimischen Reaktion bereits eine entschiedene Abfuhr erteilt, die nach chilenischem Muster eine Offensive auf unsere Errungenschaften eröffnen wollte. Nach dem Putsch in Santiago hat die Regierung die nordamerikanischen Großgesellschaften Cerro de Pasco Corp. und W. R. Grace & Co. nationalisiert.

Frage: Welche Faktoren wirken sich noch Ihrer Meinung nach auf die revolutionären Umgestaltungen in Peru aus?

Antwort:

Getreu der Politik des Ausbaus der Verbindungen mit allen Ländern der Welt und bestrebt, die von den Imperialisten verursachte Isolierung Perus zu durchbrechen, hat die Regierung unseres Landes diplomatische Beziehungen auch zur VR China aufgenommen. Die Regierung unseres Landes wendet sich jedoch gegen den Antisowjetismus. Peru entwickelt weitgehend die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Peking versuchte, auch hier zu intrigieren, um diese Zusammenarbeit zu verhindern, jedoch ohne Erfolg. Kürzlich hat Präsident Velasco Alvarado hervorgehoben, der Antikommunismus sei das Banner der Konterrevolution und die Propagierung des Antikommunismus bedeute praktisch den Verrat an nationalen Interessen. Dabei betonte er, daß die Sowjetunion und Peru durch freundschaftliche Beziehungen, die auf voller Gleichberechtigung basieren, verbunden sind, und daß die UdSSR uneigennützig Hilfe für die ökonomische Entwicklung unseres Landes leistet.

(Quelle: Neue Zeit, Nr. 15/1974)



Massendemonstration zur Unterstützung der Politik der Militärregierung in Perus Hauptstadt, Lima.

Sozialökonomische und politische Daten

OFFIZIELLE BEZEICHNUNG: Republica del Perú (Republik Peru).

TERRITORIUM: 1 285 215 km². Peru gliedert sich in drei langgestreckte Großlandschaften: in die 40 bis 80 km breite wüstenartige, äußerst trockene Küstenzone (Costa), in die durchschnittlich 4 000 m hohe Andenzone (Sierra), die im Westen und Osten von der bis über 6 000 m ansteigenden Kordillere begrenzt wird, sowie in das stark bewaldete Andenvorland (Montaña) im Osten, das nach Norden zu in tropischen Regenwald übergeht (62% des Territoriums).

BEVÖLKERUNG: 14.014 Millionen Einwohner (1971), die sich zu 49 % aus Indianern (sie leben zum größten Teil in der "Sierra"), zu 37% aus Mestizen, zu 13% aus Kreolen und Europäern sowie zu 1% aus Afro-Amerikanern und Asiaten zusammensetzen. 53% der Bevölkerung leben in Städten. Die Hauptstadt des Landes ist Lima (1971: 2.89 Mio Ew.); weitere größere Städte sind Callao (322 000 Ew.), Arequipa (181 000 Ew.) und Trujillo (145 000 Ew.).

Amtssprache ist Spanisch. Etwa 50% der Bevölkerung sprechen die Indianersprachen Quechua bzw. Aymara.

Währung: 1 Sol = 100 Centavo; 1 US-Dollar = 43,5 Sol.

ADMINISTRATION: Peru ist in 24 Departements gegliedert; diese sind wiederum in 140 Provinzen unterteilt. Mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die peruanischen Streitkräfte unter Führung von General Juan Velasco Alvarado im Oktober 1968 wurde die alte Verfassung suspendiert und das Parlament aufgelöst.

Die Militärregierung, die die Oligarchie von der politischen Macht verdrängte, setzt sich aus Vertretern aller drei Waffengattungen zusammen. In den Streitkräften überwiegen die Angehörigen der Mittelschichten, deren radikalerem Teil es gelang, nicht etwa nur "konjunkturell begründete Reformen", sondern tiefgreifende Veränderungen der sozialökonomischen Strukturen, des politischen Überbaus sowie eine konsequente antiimperialistische Außenpolitik durchzusetzen.

WIRTSCHAFT: Peru ist ein schwach entwickelter kapitalistischer Agrar-Industrie-Staat mit einer stark deformierten sozialökonomischen Struktur. So sind im Raum Lima-Callao 82% der gesamten Industrieproduktion und 78% des Handelsumsatzes konzentriert. Die Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts liegen bei 5 bis 7%; bedeutend höher sind sie in der Industrie (1971: 9,7%) und im Bauwesen (14,7%). Peru ist ein an Bodenschätzen sehr reiches Land. In der Förderung von Vanadium und Wismut steht es an erster Stelle in der kapitalistischen Welt, bei Silber an zweiter, bei Zink, Molybdän und Bleierz an vierter und bei Kupfer an sechster Stelle. Besonders intensiv wird gegenwärtig von der staatlichen Gesellschaft "Petroperu" die Erschließung vielversprechender Erdölvorkommen im Amazonasgebiet vorangetrieben. 1970 betrug der Anteil des Bergbaus am Nationaleinkommen 8% (Handel: 19,2%, Industrie: 22,5%).

INDUSTRIE: Vorwiegend handelt es sich um eine extraktive Industrie (Erzaufbereitung, Erdölraffination), während die verarbeitende Industrie noch schwach entwickelt ist. Von Bedeutung ist allerdings die fischverarbeitende Industrie; denn 97% der Anschovisfänge werden

zu Fischmehl verarbeitet (1970: rund 2 Mio t). Im Fischfang steht Peru an der Weltspitze (1970: 10,52 Mio t).

Die staatlichen Entwicklungspläne sehen hohe Investitionen in der Industrie vor, um ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt auf 26% (1970: 20,9%) anzuheben. 1971 waren im industriellen Sektor 660 000 Personen beschäftigt.

In der **LANDWIRTSCHAFT** sind etwa 50% der Bevölkerung tätig, dennoch ist sie nur mit 15,6% (1970) am Nationaleinkommen beteiligt. 13,8% des Territoriums werden landwirtschaftlich genutzt. Die Produkte für den Export (Baumwolle - 1970: 250 000 t, Zuckerrohr - 8.231 Mio t, Kaffee - 50 000 t) werden fast ausschließlich auf Plantagen in der Küstenzone angebaut.

Im **AUSSENHANDEL** hatte Peru in den zurückliegenden Jahren zumeist eine aktive Bilanz.

Export (1971): 892,7 Mio US-Dollar. Import (1971): 752,6 Mio US-Dollar. 1970 waren Fischereiprodukte (incl. Fischmehl) mit 28,1%, Kupfer mit 26,3%, Baumwolle mit 8,2% und Eisenerz mit 7,2% am Exportwert beteiligt. Haupthandelspartner sind die USA, die BRD, Großbritannien und Japan.

Das **NATIONALEINKOMMEN** pro Kopf der Bevölkerung betrug 1970 300 US-Dollar.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE UMWÄLZUNGEN:

Die **Nationalisierungsmaßnahmen** gegen ausländische Monopole nahmen ihren Anfang im Oktober 1968 mit der Verstaatlichung der Ölindustrie. Im April 1970 folgte die Verstaatlichung des Handels mit Erzen und Fischmehl. Im Juli 1970 verkündete die Militärregierung das "Allgemeine Industriegesetz", mit dem den Auslandsmonopolen erhebliche Beschränkungen auferlegt wurden. Gleichfalls auf die Einschränkung des Einflusses der in- und ausländischen Bourgeoisie gerichtet ist der schrittweise Ausbau des staatlichen Industriesektors, d.h. die Errichtung von "Unternehmen des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln" sowie die "Reformierung der privatkapitalistischen Unternehmen durch "Arbeitsgemeinschaften" der Werktätigen, denen ein Mitentscheidungsrecht bei der Leitung der Betriebe und eine Gewinnbeteiligung von 10% zugesichert wurde.

Von Mitte 1973 bis Februar 1974 stellte die Regierung Alvarado mit der Nationalisierung des gesamten Fischereiwesens einschließlich der verarbeitenden Industrie (darunter 13 US-Konzerne) die staatliche Verfügungsgewalt über jenen Wirtschaftssektor Perus her, der allein 32% der Devisen des Landes ausmacht.

Im Januar 1974 wurde auch der zweite Schlüsselsektor der peruanischen Wirtschaft, der Bergbau, nationalisiert. Enteignet wurde der marktbeherrschende US-Bergwerkkonzern "Cerro de Pasco Mining Corporation", seine Bergwerks-, Hütten- und Raffinerieanlagen gingen in die Hände der staatlichen Gesellschaft "Centromin-Peru" über.

Darüber hinaus strebt die Regierung Alvarado die Überführung der gesamten Grundstoffindustrie (Metall-, Erdöl-, Zement-, Düngemittelindustrie etc.) in den staatlichen Sektor an, während in anderen Wirtschaftszweigen wie Textil- oder Lebensmittelindustrie gemischte Gesellschaften mit einem Mindestanteil von 30% staatlicher Beteiligung weiterbestehen sollen.

Die im Juni 1969 eingeleitete **Agrarreform** orientiert auf die bis 1975 befristete vollständige Enteignung der Großgrundbesitzer-

klasse (Latifundisten) und auf den schrittweisen Ausbau des genossenschaftlichen Sektors. Vor 1969 verfügten nur 0,4% der Bevölkerung über 75,9% des bebauten Bodens, während 83% der Bauern nur 5,8% der landwirtschaftlichen Nutzfläche besaßen.

Bis 1973 wurde bereits rund die Hälfte des Großgrundbesitzes (5 von insgesamt 11 Mio ha) enteignet und 4 Mio ha an 175.000 in Genossenschaften organisierte Bauernfamilien übergeben, darunter große Zucker- und Baumwollplantagen. Die größten Viehzuchtlatifundien wurden in gemischt staatlich-genossenschaftliches Eigentum überführt.

Der staatliche Entwicklungsplan von 1971-1975 sieht Investitionen zur Schaffung von 1,164 Mio neuen Arbeitsplätzen vor. 1970 waren noch immer ca. 25% der arbeitsfähigen Bevölkerung unterbeschäftigt oder arbeitslos. Von 1968-1972 wurden bereits 574.000 neue Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt.

Zur Verbesserung der Lage der Werktätigen erließ die Regierung Alvarado neue Lohngesetze, führte Maßnahmen in der Sozialfürsorge durch und leitete eine Alphabetisierungskampagne ein.

Mit der Gründung des SINAMOS (Nationales System zur Unterstützung der gesellschaftlichen Mobilisierung) im Jahre 1970 zielt die Regierung einmal auf die Einbeziehung des werktätigen Volkes in die sozialökonomischen Umgestaltungen und zum anderen auf die Umstrukturierung der staatlichen Einrichtungen ab. Das SINAMOS - dem nicht die Funktion einer politischen Partei zugedacht ist - nimmt alle öffentlichen Institutionen und staatlichen Organe unter Kontrolle, denen die Sorge für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung obliegt. Das SINAMOS erarbeitet Normen - wenngleich noch nicht klar definiert - über die Teilnahme der arbeitenden Massen an der Lenkung des Staates auf mittlerer und unterer Ebene.

MASSENORGANISATIONEN: Die beiden größten Gewerkschaftsdachverbände, die von der Kommunistischen Partei geführte CGTP (Allgemeiner Bund der Werktätigen Perus) und die der Regierung nahestehende CTRP (Bund der Werktätigen Perus) sowie die christlichen Gewerkschaften CNT wurden von der Militärregierung ebenso gesetzlich anerkannt wie die bestehenden Bauern-, Jugend-, Studenten- und Frauenverbände.

PARTEIEN: Die Parteien sind trotz der Suspendierung der Verfassung weder verboten noch ernsthaften Behinderungen ausgesetzt, sieht man von dem Verbot einer ultralinken Intellektuellenzeitschrift Ende 1973 ab.

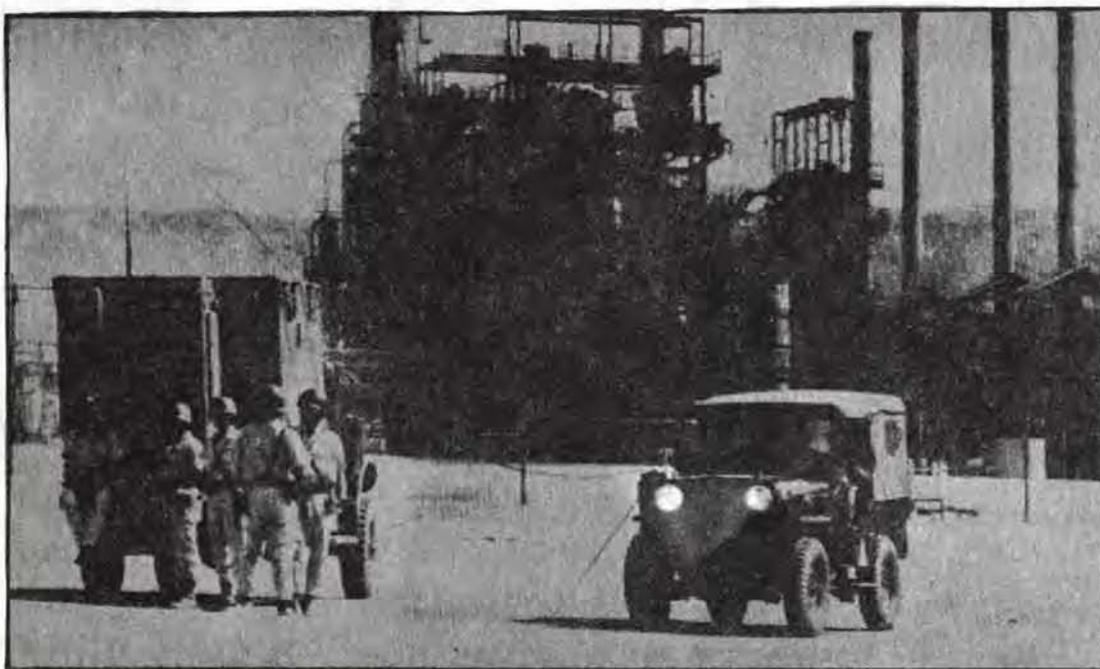
Die 1928 gegründete Peruanische Kommunistische Partei (PCP) ist bemüht "um die Schaffung einer Einheitsfront mit dem SINAMOS, mit den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen im Kampf um konkrete Forderungen, um die Stärkung, den Schutz und die weitere Entwicklung des antiimperialistischen und antioligarchischen Prozesses in Peru". Die PCP unterstützt die revolutionären innenpolitischen Maßnahmen und den außenpolitischen Regierungskurs der Nichtpaktgebundenheit.

Die Christlich-Demokratische Partei (Partido Demócrata Cristiano - PDC) unterstützt die Reformmaßnahmen der "Revolutionären Regierung der Bewaffneten Streitkräfte" und hat angeboten, mit ihr zusammenzuarbeiten.

Die 1924 gegründete Amerikanische Revolutionäre Volksallianz (APRA) hat sich von einer vormals reformistischen Partei der mittleren und kleinen Bourgeoisie zur Partei der Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer entwickelt. Sie verfolgt einen militant antikommunistischen Kurs gegen die nationalrevolutionäre Politik der Regierung Alvarado und ist heute die einzige gut organisierte politische Partei der Reaktion in Peru.

AUSSENPOLITIK: Peru spielt heute eine aktive antiimperialistische Rolle im Rahmen der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit, in der UNO und der OAS. Die Regierung Alvarado tritt für die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und die Vertiefung des internationalen Entspannungsprozesses ein und wendet sich gegen jede Form des Kolonialismus, Rassismus oder der imperialistischen Bevormundung.

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion sowie 1972 auch zu Kuba und der DDR ist sie gegenwärtig um freundschaftliche Beziehungen zum sozialistischen Lager und um enge Zusammenarbeit bemüht. Peru brachte bei den letzten Tagungen der OAS Initiativeanträge zur Aufnahme Kubas ein und vertritt eine entschiedene Haltung gegen die faschistische Junta in Chile. Heute sieht sich Peru einer ständigen Bedrohung seitens der faschistischen Nachbarstaaten Brasilien, Bolivien und Chile sowie des US-Imperialismus ausgesetzt.

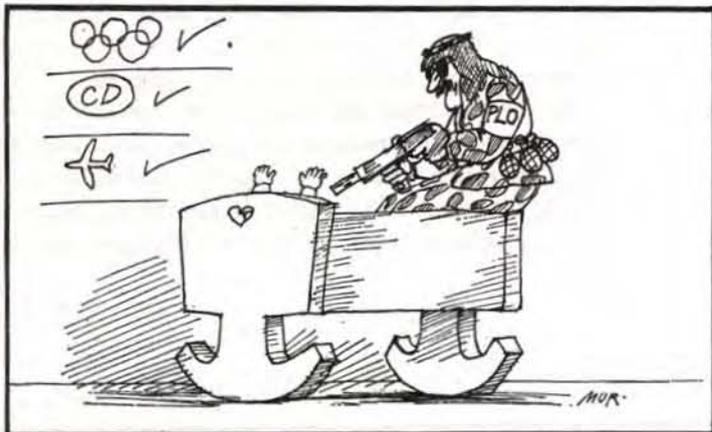


Peruanische Soldaten bei der Enteignung einer US-Raffinerie.

Kurzinformation

Israel - Libanon

Die Empörung über die "palästinensischen Terroristen" erreichte in den Artikeln der bürgerlichen Presse nach dem Massaker von Maalot einen neuen Höhepunkt. Charakteristisch für diese Kampagne ist die hier wiedergegebene Karikatur aus der Süddeutschen Zeitung:



Neues Operationsgebiet.

SZ-Zeichnung: Murschetz

Gerade jetzt, wo sich die Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an den Genfer Nahostfriedens-Gesprächen abzeichnet, gibt man sich alle Mühe, die PLO als Bande von Terroristen und Kindermördern darzustellen. Nicht berichtet wird, daß die entschieden zu verurteilende Aktion in Maalot von einer Splittergruppe des palästinensischen Widerstands, die der PLO nicht angehört, durchgeführt wurde. Nicht berichtet wird auch, daß die PLO sich stets von Akten des individuellen Terrors distanziert und sie als schädlich für den Kampf des palästinensischen Volkes bezeichnet hat.

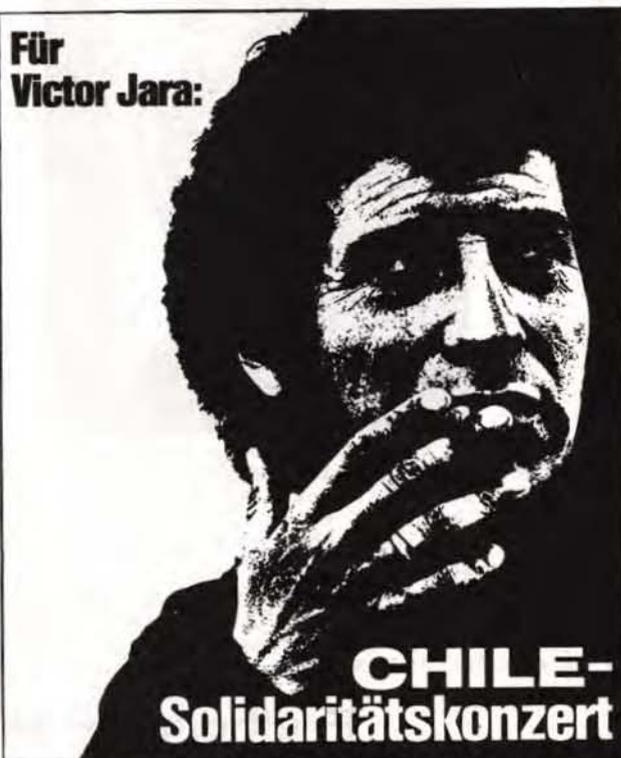
War die Geiselnahme in Maalot die Verzweiflungstat einer unbedeutenden Splittergruppe von Palästinensern, so waren die darauf folgenden Luftangriffe Israels auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon nichts anderes als staatlich legitimer und organisierter Terror. Dayan hat bisher immer behauptet, die an den jeweiligen Terrorakten in Israel beteiligten Palästinenser seien aus dem Libanon gekommen und damit seine Ausrottungsstrategie gegen die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon begründet. Die Luftangriffe auf die palästinensischen Flüchtlingslager haben allein am 16. Mai d.J. 48 Tote - meist Frauen und Kinder - gefordert. Israelische Flugzeuge warfen mit Sprengstoff gefüll-

tes Kinderspielzeug ab. Die Angriffe auf die Lager wurden in zwei Etappen geflogen; der zweite Angriff erfolgte, als die Menschen mit Aufräumarbeiten beschäftigt waren oder in den Trümmern nach ihren Angehörigen suchten.

Allerdings irren sich die herrschenden Kreise Israels, wenn sie glauben, daß sie auf diese Weise individuellen Terrorakten arabischer Splittergruppen vorbeugen können. Im Gegenteil: Das Gefühl der Verzweiflung, aus dem solche Aktionen entstehen, wird dadurch nur verstärkt. Einzig die Einsicht, daß es keine gerechte Lösung des Nahostkonflikts ohne die Wiederherstellung und Respektierung der Rechte des arabischen Volkes von Palästina geben kann, schafft die Voraussetzung für eine solche Lösung.

Chile - Solidarität

Zu einer machtvollen und der bisher größten Manifestation der Solidarität mit dem chilenischen Volk in der Bundesrepublik wurde das Solidaritätskonzert zu Ehren des von der faschistischen Junta ermordeten Volkssängers Victor Jara in der Essener Gruga-Halle. Über 10 000 kamen zu dieser Veranstaltung des Antimperialistischen Solidaritätskomitees und des Verlags "pläne", der als Mitglied des Komitees für die Programmgestaltung verantwortlich zeichnete.



Neben einer großen Zahl chilenischer Flüchtlinge aus allen Teilen des Bundesgebietes nahm auch die Witwe Victor Jaras, Joan Turner-Jara, mit ihren beiden Töchtern als Ehrengast an dem Konzert teil.

Mit großer Begeisterung wurden die Vertreter der demokratischen Kultur des chilenischen Volkes empfangen: die Songgruppen der Unidad Popular "Inti Illimani" und "Quilapayun" sowie die Volkssängerin Isabel Parra. Fortschrittliche Künstler aus der Bundesrepublik, wie Dietrich Kittner, Franz-Josef Degenhardt, Franz Xaver Kroetz und die Gruppe "Floh de Cologne" trugen eigene Kompositionen und Texte zu Chile vor.

Hans-Werner Henz, weltbekannter Komponist, begrüßte die Veranstaltung mit einer neuen Komposition, die durch Dieter Süverkrüp ihre Uraufführung erlebte. Als Textgrundlage diente ein Gedicht von Rudi Bergmann, Vertreter der Naturfreundejugend im Sekretariat des ASK, dem für seine Chile-Berichterstattung im

"Schnittpunkt", der Zeitschrift seines Verbandes, erst vor wenigen Wochen der "Pablo-Neruda-Preis" des Internationalen Studentenbundes verliehen worden war.

Mit Texten und Diapositiven wurde das Werk Victor Jaras und sein Kampf für die Sache des chilenischen Volkes dargestellt.

In Telegrammen an die Bundesregierung und die chilenische Botschaft in Bonn protestierte die Versammlung gegen die bevorstehenden Prozesse, in denen führende Mitglieder der Unidad Popular durch die Terrorjustiz der Junta abgeurteilt werden sollen und forderte ihre unverzügliche Freilassung. Eine Fahnenammlung ergab über 16 000 DM für die materielle Unterstützung des chilenischen Volkes.

Die Veranstaltung bildete Höhepunkt und Abschluß einer überaus erfolgreichen Tournee der Songgruppe "Inti Illimani", an deren Veranstaltungen in elf Städten der Bundesrepublik insgesamt über 27 000 Teilnehmer beiwohnten.

Uruguay



Die Bordaberry-Diktatur verübte am 8. Mai 1974 mit der Verhaftung Rodney Arismendis, seit 1950 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Uruguays, einen neuen Anschlag auf die antiimperialistische Bewegung des Landes.

Rodney Arismendi, 57 Jahre alt, zählt zu den herausragenden Theoretikern der kommunistischen Weltbewegung und war bis zur Auflösung der Abgeordnetenversammlung im Juni 1973 über einen Zeitraum von 27 Jahren Parlamentsabge-

ordneter.

Nach seiner Verhaftung soll er vor ein Militärgericht gestellt werden. Das Vorverfahren ist bereits eingeleitet. Augenzeugen berichteten Anfang Juni d.J., Arismendi sei wie ein Schwerverbrecher gefesselt zu den Verhören geführt worden.

General Liber Seregni, Präsidentschaftskandidat der uruguayischen Linken und Vorsitzender der "Frente Amplio" ("Breite Front"), die bei den Wahlen 1971 über 30% der Stimmen errang, wurde bereits im Februar d.J. nach siebenmonatiger Haft von einem Militärgericht wegen angeblicher "Verschwörung" zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

In einer Erklärung stellte die Kommunistische Partei Uruguays fest, daß R. Arismendi, L. Seregni und eine Vielzahl anderer eingekerkelter Demokraten von physischer Vernichtung bedroht sind. L. Seregni wird trotz einer schweren Erkrankung eine angemessene ärztliche Hilfe verweigert.

Trotz des Verbotes aller fortschrittlichen politischen wie gewerkschaftlichen Organisationen und trotz grausamster Unterdrückung wächst der Widerstand der Werktätigen Uruguays gegen das Bordaberryregime. So fanden beispielsweise am 1. Mai in der Hauptstadt Uruguays, Montevideo, Solidaritätskundgebungen für die Freilassung der politischen Gefangenen statt. So erscheint die verbotene Zeitung der Kommunistischen Partei weiterhin regelmäßig.

In einem Protestschreiben forderte der Weltfriedensrat die unverzügliche Freilassung Rodney Arismendis, Liber Seregnis sowie aller anderen politischen Gefangenen in Uruguay und die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten im Lande.

Freiheit für RODNEY ARISMENDI !